

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitzahl Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mr., für 2 Monate 1.40 Mr., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

Redaktion: Tanzer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Petitzelle oder deren Raum mit 25 Pf. für Gemeinschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Einiger Str. 19/21. Sichtzeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Gegen die Umsatzsteuer.

\* Leipzig, 17. März.

Die sächsische Regierung hat bekanntlich dem Landtage eine Denkschrift vorgelegt über die Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel, auf die in dieser Zeitung schon wiederholt Bezug genommen worden ist. Das Studium dieser Denkschrift ist von hohem Interesse, denn es wird darin in einwandfreier Weise nachgewiesen, daß alle die Gründe der Mittelstandsretter für die Notwendigkeit einer Sondersteuer- oder Umsatzsteuer vor den Thatsachen in keiner Weise Stich halten können. Es ist deshalb nicht unwichtig, den Gedankengang der Denkschrift in Kürze kennen zu lernen.

Die Umsatzsteuerbewegung ist seit einer Reihe von Jahren im Gange und seit 1895 ist sie auf der Lagesordnung der beiden Kammer des sächsischen Landtags. 1895 verlangte der Verband sächsischer Kaufleute und Gewerbetreibender für jede Filiale des Detailhandels eine Umsatzsteuer von 3 Proz. und 1896 forderte der bekannte Antrag des Abg. Rüder und Genossen die Ausdehnung der geforderten dreizigzentigen Umsatzsteuer auch auf die Hauptgeschäfte. Die Zweite Kammer verlangte die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfes. Die Regierung hat darauf verschiedene Ermittlungen angestellt und wiederholt Verordnungen erlassen, in denen einer sie die örtliche Umsatzsteuer empfahl und die Höhe der Steuer auf 2 Proz. beschränkte. Der bekannte Antrag der Abg. Opij und Schill auf Vorlegung eines die Materie regelnden Gesetzentwurfes veranlaßte hierauf die Regierung, die Handels- und Gewerbekammern gutachtschließlich die verlangte gewerbliche Sondersteuer zu befragen. Das Ergebnis war, daß die Gewerbekammern mit Ausnahme von Bittau für, die Handelskammern aber einmütig sich gegen eine solche Steuer aussprachen. Die Gutachten der Handelskammern ließen darauf hinaus, daß eine solche Steuer, wenn sie nicht eine Erfassung in Gang setzte, ihren Zweck verfehlte und den beabsichtigten Schutz des Kleinhandels in keiner Weise verwirklichen werde. Die Handels- und Gewerbekammer Bittau verwarf die Steuer, namentlich aus Gründen der Berechtigkeit, weil aus denselben Gründen wie der Kleinhandel vor dem Großhandel auch das Handwerk vor dem Betriebwerder Großindustrie, der kleine Bankier vor den Großbanken u. s. w. Schubmühregeln fordern könnte.

Die Denkschrift erörtert in einem besonderen Abschnitt die Zunahme der Großbetriebe im Brauereigewerbe, in der Branntweinbrennerei, in der Mälzerei, in der Schiffahrt und im Bankwesen und vergleicht diese Zunahme mit denjenigen der Großbetriebe im Kleinhandel. Die Denkschrift kommt zu einem für die Mittelstandsretter vernichtenden Ergebnisse. In allen Gewerben, in denen der Großbetrieb sich eingebürgert hat, haben die Großbetriebe die mittleren und kleinen stark dezimiert. Nach den Ergebnissen der le-

ten Berufs- und Gewerbezählung wird festgestellt, daß sich in Deutschland von 1882—1895 die gewerblichen Alleinbetriebe um 9 Proz. vermindernd, während sich die Betriebe mit 1—5 Personen um 24 Proz., die Mittelbetriebe mit mehr als 51 beschäftigten Personen um 89 Proz. vermehrten. Im Handelsgewerbe ergibt sich aber ein ganz anderes Bild. „Iwar“, heißt es in der Denkschrift, „hat sich auch hier die Zahl der sehr großen Betriebe in der Zeit, die zwischen den beiden Gewerbezählungen von 1882 und 1895 liegt, fast verdoppelt, aber die Zahl der Alleinbetriebe ist nicht zurückgegangen, sondern etwas gestiegen, und die Zahl der Klein- und Mittelbetriebe mit 1—5 Gehilfen hat sich fast verdoppelt. Auch herrschen die Klein- und Mittelbetriebe noch sehr vor. Dies sind wichtige Thatsachen, die bei Beurteilung der Lage und der Bedürfnisse des Kleinhandels viel zu sehr übersehen werden“. In Sachsen ist das Verhältnis noch viel ungünstiger. Hier übersteigt die Vermehrung der Allein- und der Kleinbetriebe „verhältnismäßig weit die Vermehrung der Klein- und Kleinbetriebe des Handels im deutschen Reich“. Die Handelskammer Plauen weist in ihrem Gutachten auch darauf hin, „daß im Warenhandel, bei dem man zumeist eine besonders starke Verdrängung der Kleinbetriebe durch Großbetriebe annimmt, die Rückung zum Großbetrieb sich viel weniger gezeigt habe, als im Handwerk und in der Industrie“.

Als der Krebschaden des Handels wird dann in der Denkschrift die Überfüllung des Kleinhandels im allgemeinen nachgewiesen. „Der Kleinhandel ist“, so sagt die Dresdener Handelskammer, „das große Sammelbecken geworden für zahlreiche Personen, die davon verzweifelten, auf anderem Wege ihr Auskommen zu finden. So lange der Kleinhandel den breiten Strom aller dieser Existenz in sich aufzunehmen hat, wird seine Lage trotz Ausnahmesteuerung der Großgeschäfte und Konsumvereine eine schwierige bleiben“. Ein großer Teil der Schulden an diesen Zuständen mißt die Denkschrift den Haushaltern der größeren Städte zu, die im Hinblick auf die größeren Errfolge von Läden im Erdgeschosse Läden einzurichten pflegen. „Viele solcher neu hergestellte Ladenräume wirkt wie eine Aufsicht darüber, in diesem Raum ein Handelsgeschäft zu beginnen.“ Viele lassen sich dadurch bewegen, einen Kleinhandel zu errichten. Wenn sie die Miete haben bezahlen können, dann nehmen sie die Waren auf Vorrat. Bald werden sie dann von den Lieferanten bedrängt, und da auch die Kunden borgen wollen, so kommen sie in eine unhaltbare Lage. Die Zahl der laufmännisch gebildeten Inhaber von Kleinhandlungen wird immer kleiner und kleiner; in Braunschweig z. B. ist diese Zahl auf 34 Proz. gesunken. Die Handelskammer in Plauen sagt in einem Berichte: „Waren im Handel mehr wirkliche Kaufleute thätig, dann würde dessen Lage eine bessere sein.“

Die Denkschrift prüft sodann die Frage nach der Überfüllung des Kleinhandels in den drei Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz. Und hier wird nicht nur festgestellt, daß die Zahl der Handlungen — auch der Klein — nicht nur zunommen, sondern im allgemeinen auch die Einkommensverhältnisse sich zum Teil unbekannt verschlechtert, im allgemeinen aber auch bedeutend verbessert haben. „Und wenn das in den Großstädten der Fall ist, die am meisten über Verdrängung des Handelsstandes klagen, wird der Rückschluß, daß es an kleineren Orten nicht ungünstiger stehe, nicht unberechtigt sein.“

Ein wichtiges Kapitel ist das von der fortwährenden Ausschaltung des Zwischenhandels. Es wird da gezeigt, daß die hauptsächlich durch die Einkaufsgenossenschaften des Kleinhandels bewirkte Ausschaltung von Zwischenhändlern an wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung weit hinter der durch die Konsumvereine bewirkten zurücksteht.

Über die vorteilhaften und die nachteiligen Wirkungen der Konsumvereine, wie sie sich nach der Denkschrift darstellen, ist in der Leipziger Volkszeitung bereits gehandelt worden. Es wird die hohe soziale Bedeutung der Konsumvereine bewiesen und gezeigt, daß die „nachteiligen Wirkungen“ in Wirklichkeit gar nicht bestehen, auf jeden Fall aber weit hinter den sozialen Vorteilen und ethischen Momenten zurücktreten.

Da die Mittelstandsretter unlogischerweise ihren Kampf hauptsächlich gegen die Konsumvereine richten, so kann man das, was die Denkschrift über die Warenhäuser sagt, hier füglich übergehen und es sei nur festgestellt, daß sie auch hier zu einem für die Mittelstandsretter negativen Ergebnis kommt. Wichtiger ist, was die Denkschrift sagt über die Besteuerung der Großbetriebe des Kleinhandels nach den Ortsregulativen sächsischer Gemeinden. Es zeigt sich da, daß von 620 Gemeinden mit über 1000 Einwohnern nur 30 Ortsregulativen über eine Sondersteuer erlassen haben. Mindestens erst auf je 20 solcher Gemeinden, die von einer Sondersteuer für Kleinhandels-Großbetriebe absieben, eine Gemeinde, die eine solche Steuer bei sich einführt. Das „Bedürfnis“ zu einer Sondersteuer trat am stärksten bei den Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern her vor, während es bei größeren Gemeinden „mindestens sehr bestritten“, bei den kleineren aber abnahm, je kleiner die Gemeinde wurde. Im Anfang haben sogar Gemeinden, in denen kein örtliches „Bedürfnis“ vorhanden war, Sondersteuer-Regulative erlassen, so z. B. in Siebenlehn u. s. w. Diese Regulative sind inzwischen wieder aufgehoben worden. In einigen Fällen wurde den Regulativen die Genehmigung versagt, weil die Bedürfnisfrage verneint werden mußte. In den acht Gemeinden, die im Jahre 1900 von mehr als einer Unternehmung Umsatzsteuer erhoben, wurden 11 Konsumvereine und 15 andere Großbetriebe von der Steuer betroffen. Da in 30 Orten 54 Unternehmungen insgesamt 126 000

## Semester.

Nachdruck verboten.

## Ehepaar Orlow.

Von Maxim Gorjki.

Übersetzt von Michael Teofanoff.

„Was, Bruder! es gab wieder ein Pleuna?“ fragt Aksjakow und macht einen Augenblick vor dem Schuhmacher Halt. „Ach Du, Grinja, Du reise Melone! Komst Du doch mit dorthin, wohin uns alle der Weg führt . . . Wir würden eins trinken.“

„Ich komme bald . . .“ sagte Orlow, ohne den Kopf zu erheben.

„Ich erwartete Dich und grämte mich . . .“

Bald darauf geht auch Orlow.

Dann erscheint aus dem Keller, sich an den Wänden stützend, eine kleine, runde Frau. Ihr Kopf ist dicht mit einem Luch umwickelt, aus dem vorne nur ein Auge, ein Stück der Wange und der Stirne heraus schaut. Bankend geht sie über den Hof und setzt sich auf dieselbe Stelle, wo vor kurzem ihr Mann gesessen hat. Ihr Erscheinen verwundert niemanden — man ist daran gewöhnt und alle wissen, daß sie sich wird, bis Grischka betrunken und reuig getrimmt aus der Schänke zurückkehrt. Sie kommt auf den Hof, weil es im Kellergeschoss schwül ist, und um den betrunkenen Grischka die Treppe hinabzuführen. Die Treppe ist halb verfault und steil; einmal ist Grischka hinabgefallen und hat sich die Hand ausgerenkt, so daß er zwei Wochen nicht gearbeitet hat und im Laufe dieser Zeit hatten sie, um das Leben zu fristen, fast alle Habseligkeiten verloren.

Seit dieser Zeit wartet auch Matrena auf ihn.

Zurzeit gesellt sich jemand aus dem Hause zu ihr, um meisten von allen Lewczenko — ein Unteroffizier außer Dienst mit einem Schnurrbart, ein verständiger und gesetzter Kleinruss mit glatt geschorenen Kopf und blau schillernder Nase. Er setzt sich und fragt gähnend:

„Habt Ihr Euch wieder geschlagen?“

„Was geht es Dich an?“ sagte unfreundlich und zornig Matrena.

„Ja, gar nichts!“ erklärte der Kleinruss und darauf schwiegen sie beide lange.

Matrena atmet schwer und in der Brust röhrt irgend etwas bei ihr.

„Und weshalb prügelt Ihr Euch immer? Warum trennt Ihr Euch nicht?“ fängt der Kleinruss an, zu erwägen.

„Das ist unsere Sache . . .“ antwortete Matrena Orlow kurz.

„Eure Sache, das stimmt . . .“ pflichtete Lewczenko bei und nickte sogar zur Bestätigung des Gesagten mit dem Kopfe.

„Was friechst Du denn zu mir?“ meinte die Orlow resolut.

„Psui, wie Du . . . bist! Kein Wort kann man mit ihr reden! Wenn ich Euch so anschaue — Ihr seid ein schönes Paar, Du und Grischka! Mit dem Prügelstock müßte man Euch jeden Tag dreschen — einmal am Morgen und das andere Mal am Abend — ja! Dann würdet Ihr nicht solche Igel sein . . .“ Und wütend geht er fort, womit sie sehr zufrieden ist: — auf dem Hofe spricht man schon lange davon, daß der Kleinruss sich nicht umsonst bei ihr einschmeichelt, und sie ist böse

auf ihn, auf ihn und auf alle Menschen, die sich in ihre eigene Sache mischen. Der Kleinruss aber geht mit seinen geraden Soldatenschritten in die Ecke des Hofs, mutig und stark, trotz seiner vierzig Jahre.

Sieh, da kommt ihm Grischka gerade in den Weg.

„Sie ist auch ein Rettich, die Orlowsche, Onkelchen!“ sagt er halblaut zu Lewczenko und blinzelt schlau nach Matrena hinüber.

„Ich werde Dir schon einen Rettich zeigen, wo es nötig ist!“ drohte der Kleinruss, in den Bart brummend. Er sieht den flinken Grischka und hört ihm aufmerksam zu, da er weiß, daß dem Grischka alle Geheimnisse des Hofs bekannt sind.

„Bei ihr ist nichts zu holen,“ erklärt Grischka, ohne auf die Drohung zu achten. „Maximka, der Maler, hat's mal versucht, da hat sie ihm eins ausgewischt! Ich habe es selbst gehört . . . fein! Gerade in die Fraze . . . wie auf eine Trommel!“

Halb Kind, halb Erwachsener trotz seiner zwölf Jahre, lebhaft und empfänglich, saugt er gierig wie ein Schwamm den Schmutz des ihn umgebenden Lebens ein und auf seiner Stirne ist schon ein feines Fältchen, das deutet, daß Senka Grischka denkt.

Auf dem Hofe ist es dunkel. Neben ihm leuchtet ganz im Glanze der Sterne ein vierzigiges Stück vom blauen Himmel und der von hohen Mauern umringte Hof erscheint wie ein tiefes Loch, wenn man nach oben schaut. In einer Ecke dieses Loches sitzt eine kleine, weibliche Gestalt: sie erholt sich von Schlägen und erwartet den betrunkenen Mann.

Die Orlows waren das vierte Jahr verheiratet. Sie hatten ein Kind gehabt, aber nachdem es anderthalb

Mark Sondersteuer zu entrichten, die 15 anderen Großbetriebe aber insgesamt 15 000 Mk. aufzubringen hatten, so hatten 39 der Umsatzsteuer unterliegende Konsumvereine 111 000 Mk. Umsatzsteuer zu bezahlen. Die drei Großstädte sind bis jetzt der entgegengestellten Schwierigkeiten wegen nicht zur Einführung einer Umsatzsteuer für Großbetriebe gelangt.

Interessant sind die Ausführungen der Denkschrift über die tatsächlichen Wirkungen der Sondersteuer für Kleinhandels-Großbetriebe, wobei sie sich namentlich auf die Handelskammerberichte stützt. Den Warenhäusern mit ihren umfanglichen, stetigen Bestellungen und ihrer raschen, willigen Zahlungsweise ist es nach diesen Berichten vielfach gelungen, die Sondersteuer auf die Fabrikanten abzuwälzen. Das Warengruppenystem des preußischen Gesetzes hemmt sehr die Bewegungsfreiheit und den Unternehmungsgeist und trifft mit der Steuer wohl manche Geschäfte, die nicht getroffen werden sollten. Bei den von sächsischen Gemeinde-Sondersteuern betroffenen Konsumvereinen wurde weder der Umsatz, noch die Mitgliederzahl, sondern nur der Einnahmen durch die Steuer eingeschränkt. Manche Konsumvereine dürften dadurch zur Herstellung von Waren im eigenen Betriebe veranlaßt werden, was bei gleichem Umsatz erhöhten Gewinn verheilt. Die Denkschrift erinnert an das Verbot des Verkaufs von Waren durch die Konsumvereine an Nichtmitglieder, das 1889 gegen den Willen der Bundesregierungen durch den Reichstag in das Genossenschaftsgesetz kam und 1896 auf den Antrag der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen durch eine Strafandrohung verschärft wurde, aber gerade die eingegangene Wirkung hatte, als seine Befürworter erwartet und seine Bekämpfer befürchtet hatten. Denn statt die Konsumvereine einzuschränken, führte es ihnen Tausende von solchen, die früher nur gelegentlich im Verkauf gegangen waren, als dauernde Mitglieder zu, in Sachsen gegen 30 000.

So zeigt die Denkschrift der Regierung, daß die Sondergewerbesteuer nicht nur im höchsten Grade ungerecht ist, sondern auch, daß die Steuer nicht entfernt den Zweck erfüllen könnte, den die Krämer von ihr erwarten, daß sie vielmehr, wo sie eingeführt ist, nur zu einer drückenden Belastung und zu einer unerhörten Belästigung der betroffenen Unternehmungen geworden ist. Danach hätte man annehmen sollen, daß die Regierung zur glatten Ablehnung der Steuer kommen würde. Das ist aber nicht der Fall. Die Denkschrift untersucht vielmehr nunmehr die Frage, ob in Sachsen die Angelegenheit durch Landesgesetz oder durch Ortsgesetz zu regeln sei und entscheidet sich für die örtliche Regelung, weil von 100 sächsischen Gemeinden mit über 1000 Einwohnern nur fünf eine Sondersteuer eingeführt hätten und deshalb kein Grund vorliege, die übrigen 95 Gemeinden zur Einführung einer solchen Steuer zu nötigen. Die Krämer werden natürlich darauf hinweisen, daß in vielen Gemeinden von der Einführung einer Umsatzsteuer Abstand genommen worden sei, weil dort die landesgesetzliche Regelung der Sache erhofft wurde. Der Standpunkt der Regierung wird nun zur Folge haben, daß in zahlreichen Gemeinden Ortsregulative entstehen, obwohl die Steuer dem "Mittelstand" nachgewiesenermaßen nichts nützt, die betroffenen Unternehmungen aber aufschwärzt. Da die betroffenen Unternehmungen hauptsächlich Konsumvereine sind, so ist die tatsächliche Wirkung der Steuer einzugrenzen und allein die, daß den zum weit größten Teile aus Arbeitern bestehenden Mitgliedern der Konsumvereine die notwendigsten Lebensmittel zum dritten oder gar zum viertenmal in unerhörter Weise verteuert werden. Die Denkschrift enthält selbst einen Satz, daß die seiner Zeit in Dresden vorgeschlagene Umsatzsteuer beim Konsumverein Vornwärts den Effekt einer Steuer von 28 Proz. auf die ausgezahlte Dividende von 6½ Proz. gehabt haben würde, und es wird dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Staat und Gemeinde selbst vor Millionen-Einkommen mit einer Besteuerung von 5 Proz. halt macht.

Sieht man von dem durchaus tendenziösen Abschnitt über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Konsumvereinen in der Denkschrift ab, so kann man der Regierungsarbeit das Zeugnis nicht verleihen, daß sie das Wesen und die Wirkungen der Umsatzsteuer durchaus treffend darstellt hat, so daß sie von allen Gegnern dieser ungerechten Steuer als vorzügliches amtliches Material betrachtet

Jahre gelebt hatte, starb es; sie trauerten ihm beide nicht lange nach und beruhigten sich bald, in der Hoffnung, ein anderes zu bekommen. Der Keller, in dem sie hausten, stellte ein großes längliches, dunkles Zimmer vor. Gerade bei der Thüre stand ein großer, russischer Ofen, mit der Vorderseite den Fenstern zugekehrt; zwischen ihm und der Wand führte ein sehr schmaler Gang in ein Viereck, das von zwei Fenstern, die auf den Hof hinaus gingen, erleuchtet wurde. Das Licht fiel durch sie in schrägen, trüben Streifen in den Keller und in dem Zimmer war es feucht, dumpf und tot. Das Leben sprudelte irgendwo weit dort oben, aber hierher drangen davon nur dumpfe, unbestimmte Töne, die mit dem Staub zusammen in das Loch zu Orlows wie form- und farblose Flocken niederfielen. Dem Ofen gegenüber längs der Wand stand ein hölzernes zweischläfriges Bett mit einem Bettvorhang aus braunem Rattan mit rosa Blumen; dem Bett gegenüber, an der anderen Wand, stand ein Tisch, auf dem Tee getrunken und Mittag gegessen wurde, und zwischen dem Bett und der Wand arbeiteten die Cheleute in zwei Lichtstreifen.

An den Wänden krochen träge Schaben und fraßen den Mehlsteig ab, mit dem allerlei Bildern aus alten Zeitschriften an die Kalkwände angeklebt waren; traurige Fliegen fllogen überall, langweilig summend, herum und die von ihnen beschmutzten Bilder sahen wie dunkle Flecken auf dem schmutzig grauen Grund der Wände aus.

Der Tag fing bei Orlows so an: gegen sechs Uhr morgens erwachte Matrena, wusch sich und stellte den Samowar auf, der oftmals im Eifer der Schlägereien zerschlagen und ganz mit zinnernen Klüten bedeckt war. Während die Theemaschine kochte, räumte sie das Zimmer auf, ging in den Laden, und weckte dann den Mann; er stand auf, wusch sich, während die Theemaschine schon

werden kann. Um so unbegreiflicher ist aber, daß die Regierung nach den in ihrer eigenen Denkschrift niedergelegten Anschauungen nicht zu einer unbedingten Ablehnung der Steuer gekommen ist. Dadurch, daß sie die örtliche Regelung der Umsatzsteuer empfiehlt, schlägt sie ihren eigenen gegen die Steuer sprechenden Gründen direkt ins Gesicht und fördert nur die nachgewiesenenmaßen durchaus unberechtigten Schreiereien der Mittelstandsreiter über die ihnen angeblich durch die Großbetriebe geschaffene Notlage. Die Regierungsdenkchrift weist nach, daß diese Notlage eitel Glücksfeier ist und daß die Schäden im Kleinhandel lediglich in den Zuständen in dem Gewerbe selbst ihren Grund haben.

## Politische Übersicht

### Rebellion im Barenreich.

Wir erhalten dieses Privattelegramm:

>>> 17. März. In Moskau sind 21 Offiziere verhaftet worden, weil sie sich geweigert haben, den Soldaten die Order mitzuteilen, daß sie bei der ersten nächsten Gelegenheit auf die demonstrierenden Arbeiter und Studenten werben sollen müssen. Es ist gelungen, einen Kongress der studentischen Organisationen von ganz Russland abzuhalten, der weit-ausgreifende die Bewegung betreffende Beschlüsse gefaßt hat.

Die "Avantgarde der europäischen Revolution", wie Friedrich Engels die Bewegung in Russland genannt hat, marschiert. Die Unruhen des russischen Schergenystems haben ihr bis in die Kreise der Gelehrten, der Studenten, hinein Sympathien erworben, und jetzt weigern sich sogar die Offiziere, Heulerdienste für den Zarismus zu thun.

### Das Ministerium Bonardelli.

Das Ministerium Bonardelli hat ein Vertrauensvotum erhalten. Mit 250 gegen 158 Stimmen hat die Kammer eine Tagesordnung gut geheißen, die die Erklärungen der Regierung zur Kenntnis nimmt. Auch die Sozialisten stimmen dieser Tagesordnung zu. 45 Deputierte enthielten sich der Stimme.

Der Sieg des Kabinetts ist sehr möglich. Und das um so mehr, als in den Erklärungen des Ministeriums selbst die fröhliche Aussicht, die die Programmrede geäußert hatte, nur sehr gedämpft wiederlängt. Giolitti hatte noch mit einer gewissen Festigkeit wieder das Evangelium der Neutralität der Regierung in allen Kämpfen zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft gepredigt und dadurch die Linke, einschließlich der Sozialisten, gewonnen. Bonardelli, der die Schwankenden zu beruhigen und die erschrocken Vertreter der Bourgeoisie zu neutralisieren hatte, suchte das Misstrauen der Mittelparteien zu entwischen und sprach so temperiert als möglich. Nicht nur der Sieg, auch das Auftreten der Regierung war sehr möglich. Es ist ein Ministerium der abstrakten Neutralität.

Bonelli hat in der letzten Zeit mehrere Kampfministerien gehabt. Jetzt hat sich ein allgemeines Bedürfnis nach Beruhigung eingestellt; die allseitige Kampfschwäche der Parteien verlangt eine Pause; auch die herrschenden Klassen sind damit einverstanden, daß die Regierung ihre gefährdet Autorität aus den Stimmen des Klassenkampfes zurückzieht und den Grundfaß der Unparteilichkeit der Regierung statuiert. So etwas macht sich immer gut und kostet nicht viel. In dieser Situation ist der liberale Doktrinär Bonardelli, der selbst allen Ernstes an die Illusion einer über den Parteien stehenden Regierung glaubt, der gegebene Mann, und er kann auch vorübergehend die Stimmen der sehr misstrauischen italienischen Bourgeoisie bekommen. Natürlich nur mit Vorbehalt und nur auf so lange, als die Ruhe nach den Stürmen der jüngsten Vergangenheit anhält. Sobald eine große Tagesfrage, ein neuer Kampf der Arbeiterschaft die Klassengegenseite wieder an die Oberfläche rückt, werden die gewaltthätigen Instinkte der Nobili wieder erwachen, und schon der nächste Sturm wird das Kabinett der Regierung neutralitätlos wegsegeln.

Wohl um für die grundlegende Forderung der Neutralität der Regierung zu demonstrieren, hat auch die sozialistische Fraktion für Ministerium gestimmt. Wenn die Abstimmung der Sozialisten in diesem Sinne erfolgt ist, haben auch sie, gleich wie die Vertreter der Bourgeoisie, ihre Stimme für das Ministerium Bonardelli nur mit Vorbehalt abgegeben.

### Deutsches Reich.

#### Ein Professor über Theorie und Praxis des Boxkampfes.

In seinen Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik veröffentlicht Herr Professor Dr. J. Conrad in Halle einen

zischend und brummend auf dem Tische stand. Man setzte sich und trank den Tee mit Weißbrot, von dem man zu zweit ein Pfund aufnahm.

Grigorij arbeitete gut und Arbeit hatte er immer, beim Thee teilte er sie ein. Er machte die Hauptarbeit, die die Hand eines Meisters verlangte, die Frau drehte den Pechdraht, leimte das Seitenfutter, machte Aufschläge auf die abgetrennten Abfälle und der gleichen Kleinigkeiten. Beim Thee wurde auch das Mittagessen beraten. Im Winter, wo man mehr essen muß, war dies eine sehr interessante Frage; im Sommer wurde aus Sparsamkeit des Ofen nur an Feiertagen geheizt und dann auch nicht immer, man nähte sich dann vorwiegend mit allerlei kalten Speisen aus Kavas unter Zugabe von Brotspeck, gesalzenem Fisch, zuweilen Fleisch, das bei jemand auf dem Hofe abgekocht wurde. Nach dem Thee setzte man sich an die Arbeit: Grigorij auf einen kleinen Schemel mit einem an der Seite aufgerissenen Lederrücken, die Frau neben ihm — auf ein niedriges Bänkchen.

Am Anfang arbeiteten sie schweigend — über was sollten sie sprechen? Sie werfen einander ein paar Worte, die zur Arbeit gehören, zu und schweigen eine halbe Stunde und länger. Der Hammer klopft, der Pechdraht, der durch das Leder gezogen wird, zischt. Grigorij gähnt ab und zu und schließt unbedingt das Gähnen mit einem langgedehnten Gebrüll oder Geheul. Matrena seufzt und schweigt. Zuweilen singt Orlow ein Lied. Er hatte eine schrille Stimme mit einem metallenen Klang, aber zu singen verstand er nicht. Die Worte des Liedes sammelten sich bald zu einem flagen- und schnellen Rezitativ, als ob sie fürchteten, daß, was sie sagen wollten, nicht zu Ende zu bringen und rasten mit Ungezüm aus Grischkas Brust, halb dehnten

Aussatz über die Agrarzölle in der Tarifvorlage. Conrad ist weder von der Notwendigkeit noch von der Zweckmäßigkeit der geplanten Zollerdönungen überzeugt. Als genauer Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse läßt er die Notwendigkeit von der Not der Landwirtschaft nicht passieren, ohne sie genau geprüft zu haben. Er schreibt darüber:

Die Regierung ebenso wie die Vertreter der Landwirtschaft haben sich selbst durch ihre Übertriebungen in früheren Jahren in das nötige Vertrauen gebracht, indem sie in der unverständlichen Weise von einer Not der Landwirtschaft sprachen, wo tatsächlich keine vorhanden war, sondern nur von einer Katastrophe der Landwirtschaft mit unzureichender Intelligenz oder unzureichenden Mitteln gesprochen werden konnte. Wirtschaftsschwierigkeiten rechtfertigen aber noch nicht ein unsatisfaktionsförderndes Vorgehen, welches Hunderte von Millionen alljährlich von der Bevölkerung beansprucht, die außerdem nach Art der Kopfsteuer aufgebracht werden sollen. In großer Schwierigkeit befindet sich bekanntlich gegenwärtig ebenso ein großer Teil unserer Industrie, z. B. die Textilgewerbe, wie die Röhre, ohne daß sie mit den gleichen Ansprüchen hervortreten.

Er erkennt darum, daß die Agrarzölle durchaus nicht das einzige Mittel sind, der vorhandenen Schwierigkeiten Herr zu werden. Die hohen Zölle dienen nach seiner Überzeugung nur dazu, eine rückständige Produktionsform zu erhalten und die Erhaltung der Großgrundbesitzer zu sichern. Möglicherweise folgt er darüber:

Selbst 1849 hat die Macht der preußischen Domänen sich verbreitacht, obwohl die Getreidepreise im Durchschnitte kaum gestiegen sind, und in der neueren Zeit sogar einen tieferen Stand erreicht haben als damals, obwohl der Status nicht gerade bestrebt ist, große Kapitalien in den Domänen anzulegen. Hier entsteht die wichtige Frage: ist es richtig, durch künstliche Erhöhung der Getreidepreise die Landwirtschaft bei der bisherigen Betriebsweise festzuhalten, oder sie der Entwicklung der Weltwirtschaft entsprechend zu drängen, in einem höheren Maße als bisher den Schwerpunkt der finanziellen Vermehrung statt in dem Getreide in den übrigen Produkten zu suchen, die nicht entwertet, sondern verteuert sind, und welche die deutsche Landwirtschaft in so ungünstiger Weise ließt, daß offiziell eine halbe Milliarde dafür an das Ausland gezahlt werden muß. Haupträglich kommen hierbei in Betracht die verschiedensten Viehhaltungen, Fleisch aller Art, Butter, Schmalz, Butter, Käse, Geflügel, Bier, Obst, Gemüse etc. Allerdings sind alle diese Gegenstände im allgemeinen mehr von den kleinen, als den Großgrundbesitzern zu erwarten. Und um die Erhaltung des Großgrundbesitzes und Großbetriebes dreht sich der ganze Tarifstreit.

Während so alle Argumente des Professors für die entschiedenste Durchführung des Boxkampfes sprechen, sieht sich Conrad nach der altvorbildlichen Art des deutschen Katholiken gelehrt, doch bemüht, der Beruhigung und Ergebung des Wortes zu reden. Sowohl werde der Arbeitervolkswirker durch die Boxvorlage eine schwere ungerechte Last auferlegt, die "fortdauernd beläuft" werden müsse; aber einen Stillstand oder einen Rückgang in unserer wirtschaftlichen Entwicklung brauche man darum nicht zu befürchten.

Zu diesem verzweifelten Sprung in seiner Logik sieht sich Professor Conrad durch das Schreckgespenst der Obstruktion veranlaßt, vor dem er nicht genug warnen zu können glaubt. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten:

Doch aber die Gegner der Getreidezölle die Pflicht haben, sich den Verhälften des gegebenden Körpers mit Ruhe zu unterwerfen, bedarf für ein Land, dem das allgemeine direkte Wahlrecht zur Seite steht, keiner Begründung. Jeder Versuch der Obstruktion oder sonstiger oppositioneller Gewaltmaßnahmen würde das Anliegen des Konstitutionalismus empfindlich schädeln, so daß der Schaden ungleich größer wäre, als er durch eine verfehlte Boxpolitik dem Lande zugefügt werden kann. Vielleicht wird die jetzige Erfahrung darauf hin, daß Bürgertum aus seinem Individualismus aufzurütteln, ihm die Bedeutung des Wahlrechts klar zu machen und es zu allgemeinem Gebrauch zu veranlassen. Damit würde das jetzt zu bringende Opfer zum großen Teile aufgewogen werden.

Inzwischen — der Aussatz ist eben erst erschienen, aber wohl schon vor längerer Zeit verfaßt — ist es klar geworden, daß erst die nächsten Reichstagssitzungen die letzte Entscheidung über die künftige Boxpolitik des deutschen Reichs bringen werden. Professor Conrad mag nun seine bürgerlichen Freunde dazu anholen, in diesem Kampfe jene Partei zu unterstützen, die die entschiedenste Gegnerin der Agrarzölle ist.

### Parlamentsbüro.

#### Aus dem preußischen Landtage.

H. Berlin, 15. März. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner gestrigen Abendsitzung und heute die Beratung über das Elementarunterrichtswesen fortgesetzt. Die Debatte verlor sich in Einzelheiten. So stieg Abg. Schmidt-Worburg (Cent.)

sie sich in betrübte Seufzer aus oder flogen — mit dem wehklagenden Ausruf "ach" — gramvoll und laut zum Fenster in den Hof hinaus. Matrena stimmte mit ihrem weichen Kontralt ein. Die Gesichter der beiden wurden nachdenklich und traurig, Grischkas dunkle Augen wurden feucht umschleiert. Seine Frau, versunken in den Tönen, schien stumpf zu werden, sie saß wie eine Halbschlummernde da und wiegte sich von der einen nach der anderen Seite, aber zuweilen schien sie vom Riebe zu ersticken, und unterbrach einen Ton durch eine Pause, und von neuem führte sie das Lied einstimmig mit dem Manne weiter. Keines empfand während des Gesanges die Gegenwart des anderen, da sie in fremden Worten die Leere und die Langeweile ihres dunklen Lebens zu ergießen versuchten, sie wollten vielleicht mit diesen Worten jenen unbewußten Gedanken und Empfindungen, die in ihren Seelen sich erzeugten, einen Ausdruck geben.

Zuweilen improvisierte Grischka:

"Ah, du, Leben . . . ach ja du mein Leben verwünschtes."

"Und du, Gram—m! Ach du mein Gram verfluchter."

"Du fluchwürdiger Gram—m!"

Der Matrena gefielen diese Improvisationen nicht, und sie fragte ihn gewöhnlich in solchen Fällen:

"Was heulst Du, wie ein Hund vor einem Toten?"

Er wurde gleich ärgerlich auf sie.

"Du stumpfnäsiges Schwein! Was verstehst Du denn? Du stumpfnäsiges Gespenst!"

"Hat geheult, geheult, und jetzt bellst er . . ."

"Du hast zu schweigen! Wer bin ich — etwa Dein Gesell, daß Du da mit Predigten kommst, ah? . . . Sol!"

(Fortsetzung folgt.)

über die Landschaft der Lehrer, Abg. Iberhoff (freikons.) betonte die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Schulpflicht und der Schulunterhaltungspflicht. Wir können uns dieser Forderung nur anschließen, zweitens allerdings daran, daß der Landtag in seiner heutigen Zusammensetzung diese Schulfragen regelt, ohne gleichzeitig einen neuen Vorstoß zur Auslieferung der Volkschule an die Pfaffen zu unternehmen. Das Centrum wenigstens sieht durch seinen Redner, den Abg. Dittrich, ausdrücklich erkennen, daß der Volkschule der konfessionelle Charakter erhalten bleibt, und daß die Simultanschulen, die angeblich die nationalen und konfessionellen Gegenseite nur verschärfen, beseitigt werden müssen. Einen ähnlichen Standpunkt nehmen die Konservativen ein.

In der Frage der Schulaufsicht traten die Gegenseite wieder deutlich hervor. Die konservativ-klerikale Mehrheit will von einer weltlichen Schulaufsicht nichts wissen, sondern die Schulaufsicht den Geistlichen im Nebenamt übertragen. Die Regierung reicht prinzipiell auf dem entgegengesetzten Standpunkt, sie zieht aber um des lieben Friedens willen den Verdummungspolitiken nach.

Zum übrigen wurden beide Sitzungen ausgefüllt durch endlose Klagen der Polen und der oberschlesischen Centrumsabgeordneten über die Polenpolitik der Regierung. Das die Politik der Regierung, insbesondere ihr Verbot, den Religionsunterricht an polnische Kinder in polnischer Sprache zu erteilen, durchaus verfehlt ist, haben wir wiederholt ausgeschildert. Natürlich ist es eine orge Überreibung, wenn einige überreizige Herren auf diese Politik das starke Anwachsen der Sozialdemokratie in Oberschlesien zurückführen.

Am Montag wird der Kultusdienst weiter behandelt. Der Präsident beabsichtigt, die zweite Sitzung des Kultusdiensts bis Dienstag, eventuell unter Buhlfahrt von Abendsitzungen, zu Ende zu führen, um am Mittwoch mit der ersten Sitzung der Bildungsbehörden vorlage beginnen zu können.

\* Berlin, 17. März. In Potsdam ist man der Welt am Montag zufolge jetzt noch immer der Überzeugung, daß der Kaiser tatsächlich vor Offizieren eine Rede gegen den Ungehorsam gehalten hat und dabei harte Worte gefallen sind. Es heißt, er habe die Rede bei den Garde-Ulanen gehalten. Die Verleugnung eines Assessors wird auf eine Indiskretion zurückgeführt, deren sich dieser im Hinblick auf diese Rede schuldig gemacht hätte.

Von dem Begräbnis des verstorbenen Militärschriftstellers Zeig Hoenig weiß das Berliner Tageblatt zu berichten: "Die Familie des Verstorbenen hatte gewünscht, seine kroatische Reise auf dem Invalidenkirchhofe begeleitet zu sehen — aber die Feindseligkeit, gegen die Hoenig zeitlich zu kämpfen gehabt, rüttete auch dem Toten gegenüber nicht ab. Das Begräbnis, das ihm, dem Invaliden, gebührt hätte, wurde ihm verweigert." Die Hinter des militärischen Geistes nehmen es an Intoleranz mit den kroatischen Eiferern auf. Gleiche Brüder, gleiche Rappen.

Gegen die Gewährung von Soldaten soll sich auch der Präsident des Reichstags ausgesprochen haben. Er will seine Meinung bei dem sonderbaren Verteilungsmodus der Dänen verlegen. Bekanntlich soll für jedes Kommissionsmitglied ein Kaufsalbetrug von 2400 M. ausgeworfen werden. Je weniger Sitzungen die Kommissionsmitglieder also abhalten, d. h. je rascher und sicherer sie den Bollatz erledigen würden, desto leichter würden sie das Geld verdienen. Auf diese Weise wird das Angebot der Soldaten, geradegau zu einem Bestechungsversuch, auf den unsere Parlementarier im Reichstage die richtige Antwort finden werden, wenn nicht schon zuvor die Regierung ihren gänglich verfehlten und moralisch höchst anfechtbaren Plan aufzeigt. Es wird unter den gegenwärtigen Umständen vielfach beweisen, daß der Bundesrat wirklich bereits die Einbringung der Dänenvorlage im Reichstage beschlossen hat. Jedenfalls bleibt ihm Zeit, die Sache bis nach Ostern zu überlegen.

Staatsfürsorge für notleidende Agrarier. Für die Landwirte, die unter der Misere des Vorjahres gelitten haben, hat der preußische Staat bisher fast neun Millionen Mark an Unterstützungen aufgewendet. Davon entfallen auf 992 Landwirte mit über 100 Hektar Grundstücke 852150 M.

Besonders interessant ist die Verteilung der Unterstützungen in Polen, die nach der eben erschienenen "Denkschrift über die aus Ablauf des landwirtschaftlichen Notstandes in den östlichen Landesteilen ausgeführte Hilfsaktion" (o. du herrliches Amisdeut) folgendermaßen vor sich gegangen ist.

Es erhielten an:

unter 5 ha	5–20 ha	20–100 ha	über 100 ha	
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	
Soatgut . . . .	245547	877675	879436	219066
Guttermittel . . . .	76680	251276	258401	148056
Stremittel . . . .	18529	88097	28719	8880
Dängemittel . . . .	32540	174089	189390	161945

Man sieht, daß die größeren, wohlhabenderen und widerstandskräftigeren Besitzer besser bedacht worden sind als die kleineren und wirtschaftlich schwachen.

Die offizielle Notstandsaktion ist deßwegen nur ein Mittelglied in der gesamten preußisch-deutschen Wohlfahrtspolitik, die einerseits für die Großgrundbesitzer Milliarden-Biebesgaben bereit hält, für den notleidenden Arbeiter aber keinen Pfennig übrig hat.

Eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinsrechts stellte am Sonnabend der braunschweigische Minister Hartwig im dortigen Landtag in Aussicht. Eine Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht in Braunschweig und dessen Reformbedürftigkeit beantwortete er dahin, daß die braunschweigische Landesregierung nicht in der Lage wäre, die Einbringung eines neuen Vereinsgesetzes in Aussicht zu stellen; es sei außerdem Angelegenheit des Reiches, eine allgemeine Neuordnung des Vereinsrechts einzutreten zu lassen.

Wenn diese Auskunft des Ministers etwas mehr gewesen sein sollte, als eine Verlegenheitsausrede oder eine höchst unmöglich persönliche Auffassung des Herrn Hartwig, wenn es sich hier wirklich um eine offizielle Anerkennung handeln sollte, die die Auffassung vielleicht des Bundesrats widerstieß, so wäre zu konstatieren, daß man hier wieder einmal vor einer grundlegenden Änderung des Standpunktes der Regierung stande. Als im Winter 1896/97 bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Sozialdemokraten die Aufnahme einer reichsgesetzlichen Bestimmung über die Abschaffung des Verbindungsverbols forderten, zog sich die Regierung auf den Standpunkt zurück, daß die gesetzliche Regelung des Vereinsrechts Sache der Landesregierungen und nicht des Reichs sei. Jetzt auf einmal sieht man's wieder anders. Es fragt sich jetzt nur, ob diese neue Lebhaft nur für den beschrankten Horizont

des braunschweigischen Landes bestimmt ist oder ob sie weitere Bedeutung für das Reich hat.

**Ein halassisches Sprachenklas.** Aus Posen wird uns vom heutigen Tage telegraphisch gemeldet: Sämtliche politische Vereine der Provinz Posen sind von der Regierung angewiesen worden, vom 1. April ab alle Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen.

Diese tyrannische Maßregel wird das Gegenteil von dem bewirken, was sie bezweckt. Sie wird die Polen zu empörtem Widerstande reizen und ihnen die Sympathien aller gerecht und frei denkenden Menschen zuführen.

**Kette Folgen des allernächsten Germanisierungstrials** in Niederschlesien. Aus Kiel wird uns geschildert: Unmittelbar vor der Reichstagssitzung für Hadersleben-Sonderburg sind bekanntlich auf einen Schlag ca. 600 Wähler, die im Verbund dänischer Gemüthe standen, für dänische Unterthanen erklärt und aus den Wahllisten gestrichen worden. Die Behörden stützen sich dabei auf eine kürzlich gefallte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, demzufolge Niederschlesier, die nach dem Wiener Urteil für Dänemark opfern, später aber die Option zurücknommen haben, Dänen geblieben sind. Die solchermaßen plötzlich dänisierten Niederschlesier hatten die ganze Jahrzehnte vor der Entdeckung des Oberverwaltungsgerichts als preußische Staatsbürger gegolten und von ihren staatsbürgerschen Rechten Gebrauch gemacht. Sie hatten sich an dänischen Wahlen beteiligt und zahlreiche Ehrenämter bekleidet. Einige von ihnen waren Mitglieder des Kreistags und Gemeindeworthebe gewesen. Da sie, wie jetzt entschieden, unrechtmäßig diese Stellungen eingenommen haben, erhebt sich die Frage, ob nicht auch die Beschlüsse dieser Körperschaften, bei denen sie mitgewirkt haben, und die Amtshandlungen, die sie in obrigkeitlicher Funktion vorgenommenen, rechtmäßig sind. Besonders ist diese Frage wichtig für die standesamtlichen Funktionen, die sie ausgeübt. Eine praktische Konsequenz der gouvernementalen Wahlpolitik wird von der dänischen Presse bereits eifrig ventiliert. Vor einigen Tagen ist plötzlich der Hufner und Gemeindevorsteher Franz Hinrichsen aus Syltstein zum dänischen Unterthan erklärt worden. Hinrichsen war zu der am Freitag beendeten Schwurgerichtssession in Flensburg als Geschworener einberufen gewesen und hatte an zwei Verhandlungen teilgenommen. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung sind nun aber Schwurgerichtsurteile, bei denen Ausländer mitgewirkt haben, nichtig. Es wird also zweifellos über diese beiden Sachen im Wiederaufnahmeverfahren nochmals verhandelt werden müssen. Da noch in zahlreichen anderen Fällen solche nunmehr für Dänen erklärt Niederschlesier als Geschworene fungiert haben, und die dänischgesinnte Presse begreiflicherweise dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit widmet wird, werden die Juristen eine schöne Arbeit bekommen. Die übrigen oben angedeuteten staatsrechtlichen Probleme und ihre praktischen Konsequenzen, die sich aus den wahlpolitischen Maßnahmen der Behörden ergeben, sind geradezu unübersehbar. Die eindrucksvollen 600 dänischen Stimmen werden der Regierung teuer zu stehen kommen.

**Wenn der Kronprinz reist . . .** Die Direktion der Pfalzbahnen hat ausdrücklich der Reise des Kronprinzen durch die Pfalz einen Ufa an ihre Stationsvorstände erlassen, der, weil er als geheim bezeichnet worden ist, sofort unserem pfälzischen Parteiblatt mitgeteilt und von diesem veröffentlicht worden ist. Daraus erhält der gewöhnliche Staatsbürger mit Rührung, welcher Leistungen der Betrieb der Pfalzbahnen fähig ist, — wenn der Kronprinz reist. Die Stationsvorstände haben auf den vom Kronprinzen besuchten Stationen den Dienstpersönlich zu übernehmen und hasten persönlich für die Durchführung der detailliertesten Sicherheitsbestimmungen. Während der Durchfahrt des Sonderzugs haben sie auf der Mitte des Bahnhofs Stellung zu nehmen und den vorüberfahrenden Zug militärisch zu grüßen; für sämtliche Beamte und Bedienstete ist Anzug und Haltung peinlich vorgeschrieben, von dem hohen Hul und Bratenrock des Oberbetriebsinspektors bis zu den schwarzen Beinleibern und weißen Handschuhen der Schaffner. Gegen diese ceremoniellen Vorschriften hätte das Publikum in diesem besonderen Falle nicht einmal etwas einzubringen, wenn es nur dieselbe exakte Betriebssicherheit erwartet hätte, wie sie durch die tadellos detaillierten Anordnungen des Ufa vorgeschrieben werden. Wenn das reisende Publikum sich von den deutschen Eisenbahnverwaltungen dieselbe peinliche Sorgfalt in der Handhabung der technischen Vorsichtsmaßregeln versetzen dürfte, würde es gewiß gerne das militärische Strammeisen der Bahnbediensteten den höchsten und allerhöchsten Herrschäften als Sondergenuss überlassen.

**Ein Lindenüberschwangstreit** in miniature schwelt, wie uns aus Stuttgart mitgeteilt wird, dort schon seit einiger Zeit, ohne daß die Öffentlichkeit viel darüber erfahren hat. Die Stadtgemeinde Stuttgart hat vor einigen Jahren mit der Straßenbahngesellschaft einen Vertrag abgeschlossen über den Ausbau des Straßenbahnsystems. Hierauf sind einige neue Schienenstränge über die das Residenzschloß umgebenden Straßen zu legen. Diese Straßen sind Eigentum der Kronstädteverwaltung, von welcher früheren Gefüchen um Genehmigung von Straßenbahnliniien stets anstandslos entzogen wurde. Wohl in der Vorahnung, daß diese Genehmigung nenerdings nicht mehr so leicht zu erlangen sei, wölzte die Straßenbahngesellschaft die Aufgabe, mit der Kronstädteverwaltung eine Vereinbarung bezüglich der neu geplanten Linien zu treffen, der Stadtverwaltung zu; diese aber schob sie, sich auf den Wortlaut des Vertrags berufend, auf die Straßenbahngesellschaft zurück. Schließlich kam es zum Prozeß, der mit dem Vergleich endete, daß die Stadtverwaltung als Gegenleistung für ein Entgegengkommen der Straßenbahngesellschaft in anderer Beziehung die Vereinbarung mit der Kronstädteverwaltung als ihre Pflicht anerkannte. Nun wurden Verhandlungen eingeleitet, bei denen sich aber bald herausstellte, daß die Stadt ih der Straßenbahn gegebenes Vertrauen nicht einzulösen vermochte. An der Spitze der Kronstädteverwaltung steht nämlich seit einiger Zeit ein neuer Präsident Namens Frhr. v. Herman, der päßlicher zu sein scheint als der Papst. Der König selbst hat in früheren Fällen der Einräumung der fraglichen Straßen für Straßenbahnzwecke nur Schwierigkeiten bereitet, und ist auch diesmal zu einer Verständigung bereit gewesen. Der junge Herr Hofkammerpräsident aber will die Straßen der Stadt nur in widerrichtiger Weise überlassen. Das ständige Anwachsen der Sozialdemokratie bei den Stuttgarter Gemeindewahlen ist dem jungen Herrn dermaßen in die Glieder gefahren, daß er im Grunde schon die Massen das Schloss attackieren sieht, für welchen Fall er die umliegenden Straßen zu unumschränkter Verfügung haben will. Als drohendes Gespenst schwelt

ihm eine sozialdemokratische Stadtverwaltung vor, die im Falle eines Aufstandes die betreffenden Straßen gegen die Krone strategisch ausnutzen könnte. So belustigend es auch wirkt, hat der neue Mann in der That bei den geslogenen Verhandlungen mit diesen Befürchtungen seine ablehnende Haltung motiviert. Auch die gegenwärtig schwelenden Verhandlungen über die Errichtung eines neuen Osttheatergebäudes werden von dieser fürsorglichen Politik des gewissenhaften Beschülers der Krone stark beeinflusst. Die Stadt Stuttgart hat sich auf Anfrage zur Leistung eines nachsten Beitrags zum Osttheaterbau bereit erklärt, aber nur unter der Bedingung, daß ihren Straßenbahnbüchern entsprochen wird. Die Bedenken des Hofkammerpräsidenten, die von gereifteren Männern nicht allzu tragisch aufgefaßt werden, würden für die Stadtverwaltung nicht schwer zu überwinden sein, wenn sie nicht heimlich in den Kreisen des Ministeriums, besonders beim Finanzminister v. Beyer Unterstützung finden würden.

**Vom Kampf mit geflügelten Waffen.** Bei der Schlacht im Münchener Kindl-Keller, in der Hoensbroek-Versammlung, wurde, wie die dortigen Neuesten Nachrichten erzählen, einem harmlosen Versammlungsteilnehmer durch einen Hieb das Nasenbein vollständig gequatscht; einem anderen wurde ein derartiger Schlag ins Gesicht verlest, daß sein linkes Auge voraussichtlich die Sehkraft verlieren wird. In der Augenklinik wird zur Zeit ein anderer Mann ärztlich behandelt, der ebenfalls an den Augen ziemlich erheblich verlest wurde. Wie die Münchener Post erzählt, ist bereits eine Untersuchung gegen die Rädelsführer der Versammlung im Gange.

Der Centrumsabgeordnete Dr. Zimmermann hat übrigens mit seiner Berufung auf die angebliche Taktik der Sozialdemokraten in der Pfalz wenig Glück gehabt. Die Versammlung in Mundenheim (Pfalz), die Herr Dr. Zimmermann antrug, hat schon vor 28 Jahren stattgefunden und ihr Verlauf war mit dem Münchener Kindl-Skandal in keiner Weise zu vergleichen. In der Mundenheimer Versammlung, in der Dr. Zimmermann das Wort führte, verlangten die Sozialdemokraten freie Diskussion. Als dies abgelehnt wurde, forderte der damalige Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Genosse Dreesbach, die anwesenden Sozialdemokraten auf, das Losal zu verlassen. Unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie und deren Kandidaten verließen diese darauf den Saal und das Centrum tagte unter sich ruhig weiter. Das vollzog sich alles in der größten Ordnung, es wurde dabei nicht mit Waffträgen, ja nicht einmal mit Bierflaschen geworfen. Herr Dr. Zimmermann hat sich sogar selbst damals anerkennend über das ordnungsgemäße Verfahren der Sozialdemokraten ausgesprochen.

Bur Rechtfertigung des Münchener Kindl-Skandals, mit dem sich nun auch die Staatsanwaltschaft beschäftigen wird, ist also der "kleine Spiebubenstreit" in Mundenheim nicht zu verwerfen.

Bur der Stimmung, die im ultramontanen Lager vor und nach der Schlacht im Münchener Kindl geherrscht hat, weiß die liberale Presse noch hübsche Prüfchen zum besten zu geben. So erzählt die Münchener Allgemeine Zeitung:

Der Katerhetz Städler erzählte den Böglingen im Knabenhort am 10. März: "Jetzt zieht es einen Kriegskrieg." Am 11. März sah er auf seine Heldenhaten zu sprechen und führte aus: "Gestern war ich in der Versammlung, ich habe eine Perücke aufgesetzt, weißliche Kleider getragen, damit man mich nicht kennt, und habe mitgeholzen, daß die Sache nicht vor sich gehen könne."

Wie das ultramontane Münchener Tageblatt mitteilt, haben die Christlich-Sozialen nach dem "Siege" im Kindl-Keller sich in ihrem Vereinslokal versammelt, von wo sie Huldigungstelegramme an Papst Leo XIII. und an Bürgermeister Rueger in Wien richteten!

(\*) Stuttgart, 16. März. Das Kriegsgericht verurteilte vorgestern nach fünfständiger Verhandlung den Rechnungsrat Merg im Kriegsministerium wegen Unterschlagung und Untreue zu drei Jahren Gefängnis und erklärte denselben für unfähig, innerhalb fünf Jahren ein öffentliches Amt zu bekleiden. Die Schwäbische Tagwacht möchte schon vor Monaten, als der Verurteilte plötzlich in die Schweiz abgereist war (von wo er aber bald zurückkehrte), Andeutungen über die Amtsführung des angehenden Mannes. Sofort aber erklärte der Staatsanzeiger, daß die Amtsführung in bester Ordnung sei, es handle sich nur um böswillige Verdächtigungen, und die Verwandten des unschuldig Verdächtigten drohten mit Klage wegen Beleidigung. Und nun stellt das Kriegsgericht fest, daß der "grundlos" Geschwätz als Kassierer des Unterstützungsvereins für Witwen und Waisen der Unteroffiziere des XIII. Armeecorps in fünf Jahren zirka 80 500 M. unter sich laggen hat. Als strohfeidend wurden ihm zahlreiche Umstände angerechnet, darunter auch der, daß eine ungenügende Kontrolle sein Vergehen begünstigt habe.

**kleine politische Nachrichten.** Vor einigen Tagen wurde in Görlitz nach dem Niederschlesischen Anzeiger ein alteingesessener Bürger und Inhaber eines sehr großen Geschäfts, das zu den bedeutendsten am Platz gehört, plötzlich auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Lissa i. B. wegen angeblicher Betäubung des anstaltskranken Bankrotts eines in Konkurs geratenen Kaufmanns in Lissa verhaftet, ohne daß er vorher irgendwie über eine solche Verhaftung gehört wurde. Auf seine sofortige Beschwerde ist er durch Beschluss der Strafkammer in Lissa alsbald wieder entlassen worden, und zwar ohne jede Haftaufsetzung und nur auf Grund seiner Darlegungen, aus denen sich die Haftlosigkeit jener Verhaftung ergab. — Bei der Landtagswahl im Wahlbezirk Zälichsen-Großens wurde Hauptmann Gräfe-Oblath (freikons.) mit allen 225 abgegebenen Stimmen gewählt.

### Österreich-Ungarn.

Die Märzfeier.

Wien, 17. März. Die Märzfeier der hiesigen sozialistischen Arbeiterschaft verlief großartig. An den Gräbern der Märzgefallenen wurden ca. 300 Kränze niedergelegt. Es wurden Reden in deutscher, tschechischer, italienischer, polnischer und ruthenischer Sprache gehalten.

In Budapest ist es gestern anlässlich der Märzfeier der Arbeiter zu großen Straßendemonstrationen gekommen. Viele Tausende von Arbeitern zogen in einem mehrere Stunden langen Zug durch die innere Stadt. Plötzlich schritt die Polizei ein, zerstörte die Masse und nahm 70 Verhaftungen vor.

Weiter wird aus Budapest berichtet, daß gestern nachmittag abermals durch Arbeitslose Kundgebungen vor dem Petofi-Denkmal verausgabt wurden sind. Hierbei kam es mehrmals zu Zusammenstößen mit der Polizei, die die Menge auseinandertrieb. 50 Verhaftungen sind vorgenommen worden.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

# Der Arbeiterführer für Leipzig und Umgegend 1902 erscheint am Sonnabend den 22. März.

Um jedem die Anschaffung dieses durchaus nützlichen und unentbehrlichen Buches zu ermöglichen, ist der Bezugspreis, trotz bedeutender Ver-  
mehrung des Inhalts, wie folgt festgesetzt worden.

**Preis ohne Karte 30 Pfg.,**

Bereine erhalten den Arbeiterführer bei Bezug von 20 Exemplaren ohne Karte mit 25 Pfg. das Exemplar, mit Karte (auch gemischt) 40 Pfg. das Exemplar.

Bestellungen nehmen schon jetzt alle Aussträger und Kolporteurs der Leipziger Volkszeitung, die Buchhandlung der Leipziger Volks-  
zeitung und der Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Lange Straße 27, entgegen. Die Lieferung erfolgt nach der Reihe der Eingänge. [2154]

## Nordbezirk.

Dienstag den 18. März abends 9 Uhr

## Grosse Volksversammlung

im Birkenhöfchen, Wahren.

Tagesordnung: 1. Der neue Zolltarif, seine Bedeutung für das arbeitende Volk und die Verhandlungen der Zolltarifkommission. Referent: Reichstagsabgeordneter **W. Stolle**. 2. Diskussion.

Zu Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

[2488]

## Mai-Komitee.

Mittwoch den 19. März abends 8 Uhr

## Sitzung

im Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. 52.

## Verein Vorwärts L.-Süd.

Donnerstag den 20. März abends 1/29 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im Saale des Gambrinus zu L.-Connewitz.

Tagesordnung: Vortrag über **Rolineke Fuchs**, 2. Teil (Fortsetzung des Vortrags vom 2. März). Referent: Genosse Mansfred Wittich. Gäste sind willkommen.

Sohrliches Erscheinen erwartet.  
NB. Sonntag den 23. März. Theater-Abend in der Goldenen Stadt, Connewitz. Zur Aufführung gelangt: Der Budige oder die Macht der Arbeit, Schauspiel in 4 Akten.

[2566]

## Achtung, Sattler!

Unser Verkehrslokal befindet sich jetzt in Stadt Gotha, Große Fleischergasse 14. Wir ersuchen die Kollegen, dies zu beachten.

[2568]

Der Vorstand.

## An die organisierten Drechsler Leipzigs!

Dienstag den 18. März 1902 abends um 8 Uhr

## Mitglieder-Versammlung im Coburger Hof

Tagesordnung: 1. Die Lehren der Streiks unter Berücksichtigung der Sozialbewegung der Drechsler in den letzten Jahren. Referent: Kollege **O. Gerlitzke**. 2. Stellungnahme zu der Annonce in der Volkszeitung des lokalen Vereins einzelner Drechsler. 3. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Beweist durch zahlreiches Erscheinen Euer Interesse an der Organisation. Die Präsenzliste wird verlesen!

[2571] Die Sektionsleitung der Drechsler aller Branchen.

## Achtung! Achtung! Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen

Dienstag den 18. März abends 1/29 Uhr

## Grosse Versammlung

im Felsenkeller zu Leipzig - Plagwitz.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Der Wert der weiblichen Arbeitskraft in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Referent: Herr Redakteur **Lüttich**. 2. Diskussion hierzu. 3. Die Vorcommuniste bei der Weltfirma **Mey und Edlich**.

Sohrliches Besuch erwartet

Der Einberufer.

Dienstag den 18. März abends 1/29 Uhr

## Grosser Vortrag für Damen

im Schloss Lindenau, Lindenau, von Herrn Naturarzt **Basum** aus Charlottenbrunn über Chronische Frauenleiden und ihre naturgemäße Behandlung.

Eintritt frei!

Dienstag den 25. März im Goldenen Adler, Lindenau, Angerstraße, Grosser Vortrag von Herrn Naturarzt **Rudolf Göbels** über Berufskrankheiten. Eintritt frei! Jedermann herzlich willkommen!

[2561] Der Vorstand.

Dienstag den 18. März 1902

## Achtung! Anstich des letzten Bockbieres bei Karl Lemnitz, Hallesche Str. 14.

Für großartige Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Berantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Verein

für

Naturheilkunde

L-West

## Achtung! Anstich des letzten Bockbieres bei Karl Lemnitz, Hallesche Str. 14.

Für großartige Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Berantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

# Beilage zu Nr. 62 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 17. März 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

## Schweiz.

Die Posttarifreform in der Schweiz.  
Über die gegenwärtigen zollpolitischen Verhandlungen in der Schweiz macht der Handelsvertragsverein nachfolgende nähere Mitteilungen:

Nachdem Mitte Februar d. J. der Posttarifentwurf des schweizerischen Bundesrates vom 12. Februar erschienen ist in Bern seit dem 24. Februar die Postkommission des Nationalrates an der Arbeit; die Vorlage zur Behandlung im Plenum vorzubereiten. Ursprünglich nur auf eine Dauer von 14 Tagen berechnet, schreiten die Kommissionsverhandlungen unerwartet langsam voran. Es ist bisher nur der Textteil des Entwurfs nebst zwei von den 15 Kapiteln des eigentlichen Tarifes erledigt worden. Auch die unumstrige Verlängerung der Session um weitere 14 Tage wird kaum hinreichen, um diese Arbeit zum Abschluss zu bringen, und es erscheint überhaupt zweifelhaft, ob die Verhandlungen der Kommission rechtzeitig zu Ende kommen, um die Behandlung der Tarifnovelle in der Aprilsession des Nationalrates zu gestalten. Anstatt im April würde der Nationalrat in diesem Falle erst im Juni darüber beraten. Im Laufe des Sommers und Herbstes würde also dann die Postkommission des Ständerats die Vorlage prüfen. Im Ständerat selbst könnte dieselbe, statt im Juni, frühestens in einer außerordentlichen Herbstsession und wenn eine solche nicht eingeschaltet wird, in der Dezember-Session zur Behandlung kommen. Falls dann die Vereinigung in beiden Räten erfolgt, hat der Entwurf noch die dreimonatliche Referendumssfrist, und falls das Referendum mit genügender Stimmenzahl ergriffen wird, die Beurprobung der Volksabstimmung zu bestehen.

## Rusland.

### Zur Demonstration in dem Poltawer Theater.

Wegen Teilnahme an der Manifestation für Tolstoi in dem Poltawer Theater wurden 16 Frauen und 27 Männer verhaftet. Den ganzen Tag nach der Verhaftung war der Platz vor dem Gefängnis mit Menschen überfüllt. Am Nachmittag begann die Polizei die Versammelten auseinander zu treiben; am nächsten Tag war das Gefängnis weit im Umkreis mit Polizisten umgeben. Trotz dieser Abspernung wuchs aber die Menge in den benachbarten Straßen gewaltig an. Die Polizei konnte den Aufsturm nicht mehr zurückhalten, so daß gegen Abend Militär herangeroufen werden mußte, von dem ein Teil in demselben Flügel des Gefängnisses untergebracht wurde, wo sich die Verhafteten befanden, der andere Teil lagerte sich um das Gefängnis. Alles das brachte die Stadt in die größte Aufruhr. Um die Befreiung zu erzielen, beschlossen die Einzelheiten, alle Nahrungsmittel zurückzuweisen. Am Tage darauf waren manche von ihnen schon so schwach, daß sie liegen bleiben mußten. Damit die Verhafteten von der Straße aus nicht gehen werden konnten, brachte man sie in das untere Stockwerk, hierbei spielten sich folgende Szenen ab: Einer von ihnen war bereits so stark, daß er getragen werden mußte. Als die Frauen das Stöhnen des Kranken hörten, ohne zu wissen, was eigentlich vorging, befahlen einige von ihnen Träumansfalle. Ein allgemeiner tumult entstand. Als dies die übrigen Insassen des Gefängnisses vernahmen, glaubten sie, daß die Politischen geschlagen würden. Die in den Werkstätten beschäftigten Häftlinge erbrachen die eiserne Thür und eilten, mit verschiedenen Gegenständen bewaffnet, zu Hilfe. Die Soldaten flüchteten, die Gefängnisverwaltung verschränkte sich. Die Häftlinge zerstörten alles, um in den Korridor zu den Politischen zu gelangen. Diese versuchten sie zu beruhigen, was aber nur mit großer Mühe gelang. „Wenn man euch nur aushilft“, sagten sie, „gebt uns das zu wissen, wir werden schon mit ihnen fertig werden; wir sind hier 280 Mann.“ Vor dem Gefängnis war währenddessen schon Artillerie aufgefahren; auch der Gouverneur war erschienen. Man erklärte dem Gouverneur die Verhaftung als emporende Ungerechtigkeit und verlangte die Freilassung, widerfalls der Hungertod fortgesetzt werden sollte. Die allgemeine Aufruhr in der Stadt legte sich erst, als man diese Forderung tatsächlich erfüllte.

## Soziale Rundschau.

### Volkswirtschaftliches.

Auswanderung im Jahre 1901. Nach dem dem Reichstag angegangenen Bericht über die Thätigkeit der Reichskommissarien

für das Auswanderungswesen sind 1901 22 073 deutsche Auswanderer befördert worden gegen 22 309 im Jahre 1900. Das ist die kleinste Ziffer der Auswanderer seit 1871. Die höchste Ziffer wurde erreicht 1881 mit 220 902 Auswanderern. Seit 1891 ist die Ziffer der deutschen Auswanderer fortgesetzt gesunken, und zwar seit 1897 unter 30 000 Köpfen. Von den 22 073 deutschen Auswanderern im Jahre 1901 gingen 10 516 nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nach Afrika wandten sich nur 55, nach Asien 6, nach Australien 217 Auswanderer. Das stärkste Auswandererfortgang mit 2300 Köpfen stellte die Provinz Posen; danach Hannover mit 1778, Brandenburg inlusive Berlin mit 1618. Unter den deutschen Auswanderern waren 3848 landwirtschaftliche Tagelöhner, Knechte, Magde u. c., 3882 Gehilfen und Arbeiter im Gewerbe, 1212 desgleichen im Handelsgewerbe, 2180 häusliche Dienstboten.

Aus ländlichen Gouvernementen Cherson, Bessarabien und Transsilvanien reisten im vergangenen Jahre ca. 1000 Kolonisten deutscher Abstammung und Sprache nach den Staaten Süddakota, um sich dort endend anzusiedeln und Landwirtschaft zu betreiben. Diese deutschen Kolonisten reisen stets in Trupps von 20 bis 30 Familien und bevorzugen namentlich die großen Schnelldampfer. Auch nach Argentinien reisten im Frühjahr und Herbst des Berichtsjahrs wieder 600 deutsche Kolonisten aus dem Gouvernement Cherson ebenfalls in Trupps von 20 bis 30 Personen, um sich in den Ackerbaudistrikten dieses Landes bei Freunden und Verwandten niederzulassen.

### Sozialpolitisches.

Mietungsfürsorge für Minderbemittelte. Aus Darmstadt wird am 15. März berichtet: In der Zweiten bessischen Kammer ist eine Regierungsvorlage eingebrochen betreut die Mietungsfürsorge für Minderbemittelte.

### Gewerkschaftliches.

a. Auf nach gesuchtem Schutz — gegen Krupp'sche Wohlfahrt! Durch seine aufrechte Antwort an die „Unterhauen“ hat König Krupp erzielt, daß die Arbeiter um gesuchten Schutz gegen seine „Wohlfahrt“ verlangen! Am Sonnabend tagte in Altendorf-Essen eine vom christlichen Metallarbeiterverband für dort wohnende Krupp'sche Arbeiter einberufene, von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung, welche einstimmig eine von dem Verbandsvorstand eingebaute Resolution unter donnerndem Beifall annahm, in der u. a. die Arbeiter gesetzliche Regelung des „Wohlfahrt“-Gesetzes verlangen, Schutz beanspruchen, daß Arbeiter nicht mehr durch Willkür um durch jahrelange Opfer für die Zwangslassen erworbenen Rechte betrogen werden können. Eine überfüllte Versammlung am Sonntag in Essen, zu der wieder Hunderte Buströmende keinen Einklang finden konnten, erhob ebenfalls die Forderung nach gesetzlichem Schutz gegen Schädigung durch Krupp'sche Wohlfahrt! — Der Geist der „Rebellion“ greift abrigens anscheinend weiter um sich. In der Geschäftshalle der Drehbänke füllte sich am Freitag und Sonnabend einige Hundert Dreharbeiter.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Zweite Kammer bleibt bei ihren Beschlüssen stehen! Die Regierung hat bekanntlich dem Landtag ein Dekret vor, die Tagessalden der Abgeordneten vorgelegt, nach dem die in Dresden wohnenden Abgeordneten, die bisher keine Tagessalden bezogen, die Hälfte der jetzt geltenden Sätze erhalten sollen. Die Zweite Kammer hatte dem Vorschlag zugestimmt mit der Abänderung, daß das Gesetz derart rückwirkende Kraft erhalten sollte, daß die neu festgesetzten Tagessalden bereits vom Beginn der gegenwärtigen Tagung an zu gewähren seien. Die Erste Kammer hat aber dieser Bestimmung ihre Zustimmung verweigert, so daß sich die Zweite Kammer noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigen muß. Die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer macht nun diesen Vorschlag, die Kammer will beschließen, bei ihren Beschlüssen stehen zu bleiben. Die Kammer wird zweifellos demgemäß beschließen. Sie hat sich also standhaft bewiesen. Allerdings handelt es sich hier um die Interessen der Mitglieder der Zweiten Kammer selbst. Als es sich um Abänderung von Bestimmungen der Städteordnung und der Landgemeindeordnung handelt, fügte sich die Zweite Kammer ohne weiteres der Ersten, als diese sich weigerte, jene Bestimmung abzuändern, wonach diejenigen ihres Gemeindvertretermandats verlustig gehen, die eine Gefängnisstrafe verbüßen. Der neue Vorschlag der Gesetzgebungsdeputation zeigt, daß man in der Zweiten Kammer wenigstens manchmal standhaft sein kann.

Die Ansichten der Steuerreform erscheinen auch der Sächsischen Nationalliberalen Korrespondenz in wenig rosigem Lichte. „Die neue Verzögerung“, so schreibt sie, „wird in weiten Kreisen in höchst empfunden werden, besonders aber dann, wenn erst die hohen Steueraufschläge zu den jeweiligen Normalzägen nachträglich eingefordert werden. Das hat auch der Finanzminister Dr. Ritter befürchtet und deshalb alle Schulden auf sich genommen, weil sein Amtswchsel zur eigenen Orientierung eine besondere Schonzeit notwendig gemacht habe, die ihm von der Ersten Kammer in entgegengesetzter Weise bewilligt worden wäre. So plausibel auch diese Entschuldigung auf den ersten Blick erscheint, sie wird die Erste Kammer von dem Vorwurfe, sich bei der Beratung der Steuerreform reichlich viel Zeit gelassen zu haben, nicht völlig freimachen. Die Gründe liegen ja auf der Hand, sie treten in dem Widerstand gegen die Vermögenssteuer zu Tage, der schon zu dem Gerüchte Anlaß gab, daß die Regierung die Vorlage zurückziehen wolle. Wenn nun aber vor Kurzem bekannt gegeben wurde, daß diese Vorlage in ihrem Zustandkommen nicht mehr ernstlich gefährdet sei, und daß nur zwei Abänderungsvorschläge von nicht allzu großer Bedeutung gemacht worden, so wollte das scheinbar nicht viel sagen. Bringt man aber diese Nachricht mit der Erklärung des Staatsministeriums in urfachlichen Zusammenhang, dann ist die Befragung nicht abzuweisen, daß die Anträge der Finanzdeputation der Ersten Kammer eine noch malige gründliche Beratung in der Zweiten Kammer erfordern. Die Tragweite dieser Beratung ist nicht zu übersehen; selbst die Regierung ist darüber im Zweifel, wie der Ausgang der weiteren Verhandlungen sein wird. Wie dem aber auch sei, immerhin ist es dringend wünschenswert, daß die Erste Ständekammer Farbe bekennt. Das Hängen und Warten in schwedender Pein muß endlich einmal ein Ende nehmen.“

Es kann schon heute als feststehend betrachtet werden, daß die Steuerreform wieder einmal gescheitert ist.

Dresden, 16. März. Seit länger als Jahresfrist wollte es nicht gelingen, des Schwidershabhaft zu werden, der fortgesetzte Versuche gemacht hat, mit Hilfe von gefälschten Wechseln und Quittungen und Wechselpräsentieren lassen, und in vier Fällen hat er auch Erfolg gehabt, so daß ihm Beträge von 5000, 6000 und 18 000 Mk. von verschiedenen Bankhäusern ausgezahlt worden sind; ein weiterer Fall ist der, wo etwa vor einem Jahre bei dem Bankhaus Günther u. Rudolph ein auf den Namen Neel lautendes Kontobuch mit dem Betrage von 8400 Mk. spurlos verschwunden ist. Der Festgenommene hat die Falle bereits eingestanden. Zu seiner Entdeckung haben folgende Umstände geführt: Wolf hatte vor einigen Tagen einem hiesigen Droschkenfuchs den Auftrag gegeben, er möchte am 15. März einen einem angeblichen Geschäftsfreunde gehörigen Wechsel in der Höhe von 18 000 Mk. bei der Firma Günther u. Rudolph präsentieren und den hierauf empfangenen Betrag nach dem Hauptbahnhof bringen. Richtig war, daß der betreffende Geschäftsfreund ein entsprechendes Guthaben bei der Firma Günther u. Rudolph hatte. Gestern mittag ist nun der Droschkenfuchs auf seinem Standplatz am Altmarkt von seinem Auftraggeber wieder aufgesucht und um Rückgabe des Wechsels ersucht worden. Der Nutzher hat aber diesem Wunsche nicht entsprechen können, da er den Wechsel nicht bei sich hatte. Darauf hat ihn sein Auftraggeber gebeten, den Wechsel unter einer bestimmten Adresse lagernd Hauptpostamt zu senden. Diese Vorgänge sind dem betreffenden Droschkenfuchs

## Kleine Chronik.

Leipzig, 17. März.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Dienstag das Drama Otto Ernst's Die größte Sünde, im Alten Theater Jädwina wiederholt.

Mittwoch findet im Neuen Theater eine Aufführung der Opernskizze Orestes von Felix Weingartner mit Frau Helga Greifzu-Brieffen als Gast in der Rolle der Clytaimnestra statt. — Im Alten Theater wird Alte Heidelberg gegeben.

Der Donnerstag bringt im Neuen Theater Madame Sans-Gêne mit Frau Katharina Frank als Gast in der Titelrolle.

Sudermanns neues Werk Es lebe das Leben, Drama in fünf Aufzügen, kommt am Freitag dieser Woche im Alten Theater zur ersten Aufführung.

Ein interessantes Gastspiel bietet der Sonnabend im Neuen Theater: Frau Hedwig Niemann-Schaeffer wird in dem Schauspiel Die tote Rose die Yanetta spielen.

Carolathéater. (Cyrano de Bergerac. Komödie in 5 Akten von Edmond Rostand. Gastspiel von Mr. Coquelin alias mit der Gesellschaft des Théâtre de la Porte St. Martin in Paris.) Edmond Rostand hat die Buchausgabe des Cyrano (von der, nebenbei gesagt, gegenwärtig das 243. Tausend abgelegt wird) Coquelin gewidmet, der die Rolle bei der Erstaufführung des Stücks im Jahre 1898 erfreut hat, und von dem er sagt, daß der Geist des Cyrano in ihm lebendig geworden sei. Dieser begeisterte Botspruch eines dankbaren Dichters für einen Interpreten trifft zum mindesten sowohl das Richtige, als zwischen der Dichtkunst Edmond Rostands und der Darstellungskunst Coquelins wirklich ein intimer Zusammenhang und eine vollkommen Harmonie besteht. Grazie und Charme, Vorliebe für das Bierliche und Unfähigkeit zur großen Leidenschaft sind beider Vorzüglich und Schwächen.

Vom Kaiser Wilhelm II. ist dieser Tage ein Wort über den Cyrano Rostands verbreitet worden, daß seine byzantinischen Verbreiter in des Kaisers eigenem Interesse besser dort gelassen hätten, wohin es gehört, im wohlthätigen Schatten des Privatgepräches. Wilhelm II. hat nämlich ähnlich einer Sondervorstellung des Cyrano, die Coquelin auf seinen Wunsch für ihn veranstaltete, gesagt, daß der vierte und fünfte Akt des Stücks an Shakespeare erinnerten. Zu dieser etwas seltsamen Nachricht wurde des weiteren bemerkt, für den Kaiser sei Shakespeare „das

Höchste im Drama“; und es sei ein Beileid seiner größten Wunderung, wenn er das Werk Rostands Shakespeare nenne. Nun ist es freilich klar, daß kein Vergleich übler gewählt werden konnte. Man kann sich kaum größere Gegenseiter denken als den großen Briten, den wir wegen der inneren Wahrsaghaftigkeit seiner psychologischen Entwicklung bewundern, und dem modernen Franzosen, der selbst den letzten Schein von Wahrscheinlichkeit der schönen Poëse opfert.

Es sei gestattet, kurz an den Inhalt des Stücks zu erinnern. Cyrano von Bergerac, der geistreiche und tapferste Mann seiner Zeit, ist durch eine ungeheure Röte verunstaltet, die ihm jede Hoffnung raubt, beim weiblichen Geschlecht Gefallen finden zu können. Er liebt seine Cousine, die schöne Mademoiselle Roxane, mit geheimer verzehrender Inbrust, und wie er erfährt, daß diese dem jungen Christian ihr Herz geschenkt hat, entschließt er sich, den jungen Mann, der schön wie ein Gott, aber dümm wie ein Kind ist, mit dem Auswande seines Geistes bei seiner Werbung um Roxane zu unterstützen. Es schreibt für den jungen Krieger zärtliche Briefe und flüstert ihm bei einem Stelldichei geistreich-berauschende Reden ein. Er hilft Roxane, den Nachstellungen des mächtigen Grafen De Guiche zu entgehen und hält den unwillkommenen Störer vor der heimlichen Trauung ab. Der betrogene De Guiche schickt das Corps der Gasconsen Radelten, dem Cyrano und Christian an, zu Rache in den Krieg, ins Lager von Arras. Cyrano schreibt von da aus in Christians Namen schmachende Liebesbriefe, die er täglich unter Gefahr seines Lebens zur Post befördert. Von dem Zauber dieser Briefe hingerissen, gibt Roxane in das kriegerische Lager, um ihren Gatten, den vermeintlichen Verfasser der bestickenden Epistel, in ihre Arme zu schließen. Christian fällt, und der Tod hindert ihn, seiner Gattin das Geheimnis seiner Korrespondenz zu enthüllen. Auch Cyrano hütet dieses Geheimnis ängstlich und verrät es erst zu Tode verletzt Roxane, die den Sterbenden ihrer Liebe verabschiedet.

Diese Fabel, reizvoll durch das Thema der aufopfernd ver schwiegene Liebe und durch hundert geistreiche und gesichtete Einzelzüge belebt, kann erst dann rein genossen werden, wenn sich der Zuschauer aller Ansprüche auf äußere und innere Möglichkeit der Handlung befreit. Mit scharfem Instinkt war darum Rostand bedacht, uns niemals vergessen zu lassen, daß es sich nur um ein graziöses Spiel handelt und hat niemals den Versuch gewagt, uns auch nur für Augenblicke den Schein der Wirklichkeit vorzutäuschen. An diesem Spiele ist alles unmöglich, und kaum kommt der Zuschauer in die Versuchung, in der Handlung des Stücks aufzugehen und mit seinen Personen mitzuempfinden, so erinnert ihn eine blendende Blütrate, daß man sich an einem Feuerwerk nicht die Hände, geschweige denn die Herzen erwärmen kann. Immer, wenn wir an einen Punkt gelangen, wo die Hölle zu fallen pflegen und der Mensch, vom Oranje des Schicksals getrieben, frei sein innerstes Wesen offenbart, bricht die Entwicklung ab und eine schöne Geste der Artigkeit erseht alle Leidenschaften unterworfen. Rostand aber hat im Gegenteil sich alle Leidenschaften unterworfen. Er hat sie eingefangen und führt sie, gestutzt und geschnoren wie die Sünder an der Leine. Er hat alles, was Shakespeare fehlt, und ihm fehlt alles, was Shakespeare befehlt.

Für Rostands Dichtkunst konnte sich nur allerdings ein vollkommener Darsteller finden als Coquelin. Coquelin ist als Cyrano blendend geistreich, elegant, grazilos, liebenswürdig und wichtig zum Entzücken. Er ruft die herzlichste Sympathie, niemals die leidenschaftliche Anteilnahme hervor. Er fehlt immer; er reißt nie hin. Er wirkt immer durch die Vermittlung des Intellekts auf das Gemüth, niemals unmittelbar auf diesen selbst. Man möchte in diesem Cyrano Augenblicke lang das verkannte und zurückgesetzte Genie, nie das verschleierte, liebeglühende Herz bemühten. Man hält diesen Mann für gescheit genug, daß er nicht bloß äußerlich, sondern auch innerlich die Herrschaft über seine Gefühle gewinnen könnte. In dieser Art den Cyrano zu spielen, liegt aber die einzige Möglichkeit seines Erfolges. Ich erinnere mich lebhaft, welche Absicht seiner Zeit Hartmanns Ruyano am Wiener Hofburgtheater in mir hervorrief. Er betonte zu sehr das rein Menschliche, er legte zu viel deutliches Gemüth in die Rolle. Gegen die Zunutung aber, sich durch solchen Mummienschau ernstlich rühren zu lassen, wehrt sich die Seele ganz automatisch. Cyrano ist genießbar, ja sogar schmachhaft, solange er nicht mit der ewigen beliebten Sauce der Sentimentalität begossen wird.

Herr A. Volny hat die Rolle des Christian schon bei der Première des Stücks im Théâtre de la Porte St. Martin gespielt. Sie stellt an ihren Darsteller keine übergroßen Anforderungen. Die anderen Darsteller der größeren Rollen haben geweckt. Fräulein Gilde Dorothy als Roxane fehlt mehr durch Aunut als durch besondere Vorzüglichkeit ihres Spiels. Von den übrigen Schauspielern verdient mir der Darsteller des poetischen Garlochs Raguenau, Herr Chabert, hervorgehoben zu werden, dessen naturburschensche Komik große Hinterkeit hervorrief.

aber aufsässig geworden, und er ist deshalb bereits gestern abend in dem Bankhaus von Günther u. Rudolph erschienen, um sich über die Angelegenheit zu erkundigen. Der Schindelversuch trat hierbei klar zu Tage, aber es durfte natürlich nichts gehabt werden, um den Schindler selbst zu warnen. Aus diesem Grunde hat der Druckschriftenverleger dem Wunsche seines Auftraggebers gemäß den Wechsel angeblich lagend Hauptpostamt gesendet. Aber als nun heute morgen der Schindler auf dem Postamt erschien und den Brief in Empfang nahm, erfolgte seine Verhaftung.

**Chemnitz, 16. März.** Einem gemeingefährlichen Schwefelkohle ist vom hiesigen Landgericht auf längere Zeit das Handwerk gelegt worden. Der Maurer Karl Edmund Wolf aus Königswalde, der bereits 76 Vorstrafen, darunter eine sechsmonatige Gefängnisstrafe wegen Kutschwindels erlitten hat, „heilte“ u. a. Bahn- und Kopfschmerzen und bemühte als Probamittel einen „ölgetränkten Dostfaden“, den er anzündete. Die Patienten mussten dann die Augen schließen und den Qualen durch die Nase einatmen. Gegen Abneuritismus, den der „Herr Doktor“ stets als „Nervosität“ bezeichnete, verschrieb er Säbäder in Fichten- und Tannenreisig und verordnete als innere Medizin ein Gemisch von Kindstalg, Knoblauch und Zwiebeln. Der Angeklagte ließ sich für seine „Platzsätze“ Honorare von 10 Pfennige bis 3 Mark bezahlen. In der Verhandlung beteuerte Wolf nochmals, von der Heilkunst seiner Mittel fest überzeugt zu sein. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Monaten Buchthaus.

**Reichenbach, 16. März.** Das hiesige Amtsblatt veröffentlicht folgendes Geschrieb aus Notschau: „Bekanntlich war über den Gesthof zur Linde wegen gewisser unlösbarer Vor kommisse das Militärverbot verhängt gewesen, was aber nun seit dem 25. Februar wieder aufgehoben worden ist. Sicherlich dürfte diese Maßnahme des Generalkommandos in Leipzig mit dazu beitragen, dem genannten Volksal wieder zahlreichen Besuch zuzuführen.“ Was waren denn das für „gewisse unlösbarer Vor kommisse“? fragt das Sachsische Volksblatt. Die abgehaltenen Volksversammlungen etwa im vergangenen Jahre, die sich gegen die Brotwucherpolitik der Junker gewendet haben? Deutlich ist Thatsache, daß, als der Wirt des Volksals im vergangenen Jahre den Arbeitern seinen Saal zur Verfügung stellte, über sein Volksal sofort das Militärverbot verhängt wurde. Von anderen „unlösbarer Vor kommisse“ ist nichts bekannt.

**Auerbach, 16. März.** Der hiesige Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung auf Vorschlag des Bürgermeisters Achilles beschlossen, den hiesigen Volksschulen den Gesamtname „Stadtschule zu Auerbach i. B.“ zu geben und es gleichzeitig für äußerst wünschenswert erklärt, die gegenwärtig so vielfach gestaltete Gliederung der Stadtschule (Höhere Volksschule, Mittlere Volksschule mit und ohne fremdsprachlichen Unterricht) zu beseitigen und dafür eine einheitlich organisierte Schule zu schaffen, da insbesondere die Erziehungsberechtigung der Höheren Volksschule bei dem sehr geringen Schulbesuch in Frage gestellt ist.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** In Dresden ist wieder ein Portemonnaie mit annähernd 600 Mark verloren gegangen, und am Schlus dieser Verlustanzeige kann man den charakteristischen Satz lesen: „Sollte Finder ungenannt bleiben wollen, so möge er den Fund nach Abzug der 100 Mark Findernahrung an die Expedition dieses Platze eisenenden.“ — In der Valentinschen Filzfabrik in Georgewitz bei Löbau führte der mit dem Herausnehmen der Filze aus dem Harbesfessel beschäftigte 26 Jahre alte Arbeiter Hugo Heinzmann losüber in den mit heiher Farbe gefüllten Kessel. Der Bedauernswerte arbeitete sich noch selbst aus dem Kessel heraus und warf sich in den Schnee, doch war der ganze Körper völlig verbrüht, so daß der Verunglückte bewußtlos ins Krankenhaus nach Löbau gebracht wurde, wo er seinen schweren Verletzungen erlag. — Das Landgericht Freiberg verurteilte den 26 Jahre alten verbrühten Volksschul lehrer Hählig in Schlegel zu 8 Jahren 8 Monaten Buchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. H. hat sich in unstilllicher Weise an Schülern vergangen. — In Lauterndorf wurde der Schlägereuernehmer und Kirchenvorstandsmittglied J. Hübner verhaftet. Er soll sich als Kassierer des Siedlungsvereins Unter siedlungen zu Schulden haben kommen lassen. Das Nähere wird die Gerichtsverhandlung zu Tage fördern. Hübner war eine große Ordnungsjüge und frommer Kirchenbruder.

**Altenburg, 16. März.** Der frühere verantwortliche Redakteur der Volkszeitung, Genosse Rühn in Schmölln, ist vom hiesigen Landgericht wegen Beleidigung des Görlitzer Schulvorstandes zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Es ist das dieselbe Sache, wegen der er am Dienstag verhaftet worden war, weil er wegen Bugsversäumnis nicht im Termin erscheinen konnte.

Das Coquelin einen stürmischen Triumph feierte, ist selbstverständlich. Wenn ein Teil des Publikums in ihm nicht nur den großen Künstler, sondern auch den Inhaber des Theaters begrüßt haben sollte, in dem in wenigen Wochen deutsche Schauspieler und Leipziger Studenten spielen werden, so gewinnt dadurch nur sein Jubelnder Ruf an Wert und Würde.

— Ferdinand Freiligrath über Druckehler. Es hat etwas Tröstliches, so schreibt die Börsische Zeitung, sich zu vergewissern, daß die Leiden, die der Dämon der Druckehler den Autoren bereitet, nicht erst unter der harschen Praktiken entstammen. Im März 1870 schrieb Freiligrath, wie den von Büchner veröffentlichten Briefen zu entnehmen ist, an einen Stuttgarter Freund folgende launige Zeilen über ein Gedicht, das er kurz vorher auf Veranlassung Fanny Lewalds zum Besten des Berliner Asyls für Obdachlose verfaßt hatte.

„Ich habe 300 Exemplare eigenhändig unterschrieben, und dieselben werden jetzt als Autographen im Asyl-Bazar verkaufen. Das Gedicht, scheint es, läuft durch alle Zeitungen. Ich habe es heute schon in sieben verschiedenen Blättern vor mir liegen, und zwar in jedem mit neuen Druckehlen. Der heiterste davon ist in der vierten Strophe, wo es in zwei Blättern prophetisch heißt: „Und nächstens (statt nächstens) ruhig brennt und blüht das Firmament“. Das sind so die kleinen Leiden (und Freuden) des Schriftstellerlebens, und man kann Gott danken, wenn es nicht schlimmer kommt. Was ist einmal einem guten Freunde und Nachbar Edmund Höfer begegnet? Der schrieb in einer seiner Novellen: „In der Ecke des Kirchhofs hatte ein uralter Holländer seine zahllosen Schöblinge getrieben“, — wie aber war diese Stelle gedruckt in der Stuttgarter Frauengazette zu lesen? — „In der Ecke des Kirchhofs hatte ein uralter Holländer seine zahllosen Schöblinge getrieben“, und in einem Buche von Berstädter heißt es durchaus: „Ein alter Schneider (statt Schäfer) ließ ihm den Rücken hinab“. Ich selbst las einmal in meinen Gedichten: „Um das Feuer aus der Erde — vor den Haufen (statt Hütten) seiner Pferde“. Das Lachen tut einem wirklich manchmal not bei einem Traurigen, was so oft an einen herantritt. Wir wollen es ja nicht verlernen!“

Ein anderer Druckehler, der dem Dichter zu schaffen machte, befindet sich in Miss Thackerays „Old Kensington“ 1873, wo das Motto zu Kapitel VIII lautet:

Die Stunde kommt, die Stunde kommt,  
Wo Du am Graben stehst und flagst.

Wegen einer solchen Lappalie mußte unser Genosse verhaftet werden!

**Jena, 15. März.** In der philosophischen Fakultät der Universität Jena können Frauen und Mädchen, wie nunmehr endgültig entschieden ist, zum Studium, zu Übungen und Arbeiten als Hörerinnen zugelassen werden. Bedingung ist, daß sie deutsche Reichsangehörige sind und das Abgangszeugnis eines deutschen Lehrerinnen-Seminars besitzen.

**Fürth, 16. März.** Das Kammergericht in Berlin erklärte die Wahlen der Stadtverordneten Kott, Walther II., Buchunker und Jacobslötter formeller Verstöße wegen für ungültig. Der vom sozialdemokratischen Verein eingegangene Protest gegen die im November 1900 stattgefundenen Wahlen hat somit teilweise Erfolg gehabt. Der Prost richtete sich gegen 7 in der dritten Abteilung gewählte Stadtverordneten.

**Weimar, 15. März.** Im Prozeß Hilscher werden die Sachverständigen Universitätsprofessor Dr. Binswanger aus Jena und Oberarzt Dr. Ganzer vernommen. Der erste Sachverständige hat somit teilweise Erfolg gehabt. Der Prost richtete sich gegen 7 in der dritten Abteilung gewählte Stadtverordneten. Sein Mutter war schwer epileptisch; er selbst war ein sehr schwächliches Kind. Was den Zustand des Angeklagten bei Verübung der That selbst betrifft, so sei dieser vermöge seiner Entwicklung zu den frankhaften veranlagten Individuen zu rechnen. Er gehört meiner Ansicht nach zu der Kategorie der in geistiger und gemüthlicher Beziehung minderwertigen Menschen, zu der Kategorie jener Menschen, die sich längere Zeit geläufig normal bewegen, bis sie ein plötzliches Ereignis in den Abgrund der Geisteskrankheit stürzt. Der Sachverständige kommt zu derselben Überzeugung, wie er sich schon in der ersten Verhandlung ausgesprochen hat, daß die freie Willensbestimmung bei dem Angeklagten zur Zeit der Ausübung der That nicht vollkommen ausgeschlossen gewesen ist. Zur Zeit der That war der Angeklagte in einem frankhaften, überrechten Zustand, der seine Ursache in der eigenartigen pathologischen Beschaffenheit des jungen Mannes bildet. Ich kann aber nur wiederholen, daß sein Zustand nicht so war, daß die Willensbestimmung im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches ausgeschlossen war. Der hier zu entscheidende Fall ist einer der schwierigsten Fälle, die auf der Grenze der geistigen Berechnungsfähigkeit und der Geisteskrankheit sich bewegen. Über ich nun doch sagen, der Arzt ist nicht unschulbar, es giebt keine absolute Krankheit, die Natur arbeitet nicht nach der Schablone. Was die Fähigkeit der Überlegung bei der Tötung der Martha Amberg anbetrifft, so glaubt er, daß dem Angeklagten die Überlegung im Moment der That gefehlt hat. Präz.: Zur Zeit halten Sie aber den Angeklagten fürzurechnungsfähig? — Sachverständiger Prof. Binswanger: Augenblicklich ja. — Erster Staatsanwalt: Sie halten den Angeklagten also zur Zeit der That fürzurechnungsfähig? — Sachv.: Das kann ich unmöglich sagen, da es nach dem Stande der Gesetzgebung eine geminderte Berechnungsfähigkeit nicht gibt. Ich kann nicht sagen, daß der Angeklagte bei Verübung der That zurechnungsfähig gewesen ist, aber ich kann auch nicht sagen, daß er unzurechnungsfähig war. Meiner Ansicht nach liegt ein non liquet vor. — Präz.: Sie halten den Angeklagten also für vermindert unzurechnungsfähig? — Sachv.: Ja. So viel ich weiß, sind einzelne Sachverständige sogar so weit gegangen, den Grab der Willens Einschränkung solcher Leute nach Prozentsätzen zu berechnen. — Vert.: Entspricht die zugesagte Antwort des Sachverständigen über die Berechnungsfähigkeit des Angeklagten nicht einem Befreiung, der sich zwischen Juristen und Psychiatern herausgestellt hat, und bleibt es nicht unter den Psychiatern eine Richtung, welche schon seit Jahren die Aufnahme der Minderberechnungsfähigkeit in unserem Strafgesetzbuch anstrebt? — Sachv.: Ja, es giebt eine solche Richtung. Ich gehöre selbst zu den Psychiatern, welche in dem Begriff der Minderberechnungsfähigkeit eine Lücke in unserer Strafgesetzbgebung ansehen. Herr Oberarzt Ganzer, der zweite Sachverständige, drückte sich noch viel klarer aus. Hier ist ein frankhafter Mensch, auf den nicht nur geistige, sondern auch förperliche Eindrücke eingewirkt haben, diese haben in ihnen einen Affekt gebracht, und in diesem Affekt war die freie Willensbestimmung getrübt und der Affekt ist einer geistigen Störung völlig gleich zu stellen. Obgleich der Angeklagte nicht planlos, sondern vielmehr planvoll vorging, und auch fähig war zu überlegen, was er tat, so war er doch nicht im stande, Gegenvorstellungen zu fassen, und stand bei Begehung der That unter dem Einfluß einer geistigen Störung. Es fehlt an Anhaltspunkten dafür, daß der Angeklagte im gegenwärtigen Augenblick geläufig gestört sei. — Sogar der Staatsanwalt war nach dieser Beurteilung des Angeklagten von Zweifeln geplagt. Er kommt nach Vorsführung aller in Betracht kommenden Momente zu dem Schlus, daß den Gutachten des Sachverständigen Ganzer zugestimmt sei und schließt: Ich bin also der Meinung, daß Sie die Frage 1, ob bei Begehung der That die Überlegung ausgeschlossen war, verneinen müssen. Die Geschworenen bejahen die Schuldfragen unter Annahme mildernder Umstände, die in dem ersten Urteil ausgeschlossen waren, worauf das Gericht den Angeklagten zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ist damit auch das nicht zu rechtfertigende Urteil des Gothaer Gerichts, durch welches Fischer zu 10 Jahren Buchthaus verurteilt wurde, bestigt, so bleibt doch die Frage bestehen, wie es denn überhaupt zu einer Verurteilung des geistig anormalen Mannes kommen konnte. Nach den Gutachten der beiden Sachverständigen hätte man Freilprechung erwarten müssen. Wie es bei allem möglich war, daß die Geschworenen zu einem Spruch auf Schuld auszugehen kamen könnten, bleibt unsägbar.

### Aus der Partei.

In Berlin ist der Parteigenosse Feliz Wittowski gestorben. Wittowski war eines der Opfer des Spiegels Naporra und er wurde in dem großen Pöhlener Sozialistenprozeß wegen geheimer Verbindung und Verbreitung des Sozialdemokraten zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er ein ganzes Jahr in Untersuchungshaft geschmachtet hatte. Als Wittowski das Gefängnis verließ, war er ein kranker, gebrochener Mann. Er hatte hinter den Kerkermauern die Schwinducht bekommen und keine ärztliche Hilfe konnte ihm mehr helfen. Seit 1891 war er in der Expedition des Vorwärts beschäftigt, soweit sein Zustand, der ihn oft wochen- und monatelang arbeitsunfähig machte, ihm das erlaubte. Wittowski ist 45 Jahre alt geworden und hinterläßt eine Frau und zwei unerziehbare Kinder.

**Neddkunstfreuden.** Genosse Hennig von der Erfurter Tribüne wurde am Dienstag wegen eines Berichts über die Kölner Wohnungsverhältnisse zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Am Mittwoch mußte er sich zur Verbürgung einiger rechtstümlich gewordener Strafen in der Gefamidauer von fünf Monaten zum Strafantritt stellen. Einige andere Prozesse stehen noch in Aussicht.

Genosse Karl Thiel, der Redakteur des Volksblattes für Hessen und Walde, wurde laut Meldungen bürgerlicher Blätter von der Nasseler Strafanwalter wegen Beleidigung der Oberin des Klosters Kreuzes, Eveline Bauer, und des hessischen Pfarrstandes überhaupt in einem Artikel sowie in einem Gedicht, bestraft: „Pfarre Hoppla“, im Volksblatt zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. In dem Artikel und dem Gedicht waren den Beteiligten unjaubere Geschichten vorgelesen.

**Bayerischer Parteitag.** Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie Bayerns findet am 15. und 16. Juni in Ludwigshafen statt.

**Die Budgetbewilligung der badischen Landtagssession** hatte bekanntlich auf dem letzten Landesparteitag in Offenburg zu schweren Auseinandersetzungen geführt. Bei der Berichtigung über die Verhandlungen der Offenburger Landesversammlung wandte sich Genosse Dreesbach gegen die vom Genossen Kästenstein in Offenburg gethanen Neuerungen, er garantiere für den größten Krach in Mannheim, falls die sozialdemokratische Landtagsfraktion das nächste Mal nicht gegen das Gesamtbudget stimme. Es sei — meinte Dreesbach — unerhört, daß ein Parteigenosse sich anmaße, in solcher Weise im Namen der Mannheimer Gesamtpartei zu sprechen, und die Fraktion selbst sei durch die Drohung *je* in die müßigste Lage gebracht worden. Er erwartete von *je* die Zurücknahme seiner Worte, da er sonst gezwungen sei, die Konsequenzen zu ziehen und die Mannheimer Parteigenossen zur Entscheidung in der Sache anzuwerben. Darausbin gab Genosse Kästenstein die Erklärung ab, daß er zugebe, sich in Offenburg in der Sache „verhauen“ zu haben, und die austößige Drohung deshalb formell zurückzunehmen. Damit war der Brockenfall erledigt.

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. März.

**Zur Beachtung für Maurer!** Bei dem Bauunternehmer Mößig, Van Gohlis, Lindenholzstraße, sind die dort beschäftigten Maurer, weil sie sich weigerten, die innere Bausarbeit im Accord auszuführen, entlassen worden. Für Verbandsmitglieder ist dieser Bau gesperrt.

**Der Vertrauensmann.**

**Das Lößniger Wohnunguprojekt** dürfte nunmehr bald seiner Verwirklichung entgegengehen. Der Rat der Stadt hat kürzlich den Stadtverordneten den Vertragsentwurf zwischen der Gemeinnützigen Baugesellschaft und der Stadt Leipzig überreicht, der einer nochmaligen Revision unterzogen wurde, um die bleibenden Ansprüche der Stadt an das Unternehmen nach jeder Richtung hin sicher zu stellen, sowie auch der Versicherungsanstalt Königreich Sachsen, die das Unternehmen mit 1 200 000 Mk. beleihen soll, Sicherheit zu gewähren. Nach dem neuen Vertrage wird die Gemeinnützige Baugesellschaft zu zahlen haben an Erbbaugeld jährlich für 82 331,8 Quadratmeter Areal je 0,12 Mk. gleich 9880,18 Mk.; dieser Betrag kann im Laufe der Zeit um je 0,06 Mk. auf 1 Quadratmeter, also auf 14 820,27 Mk. gesteigert werden. Hierzu kommen noch die vierprozentigen Zinsen von der auf 471 600 Mk. veranschlagten Summe für die Kosten der Stromherstellung, die die Stadt übernimmt. Diese Verzinsung beläuft sich auf jährlich 18 864 Mark. Nach Beendigung des Erbbaubetriebes, nämlich nach hundert Jahren, fallen die sämtlichen von der Baugesellschaft errichteten Baulichkeiten an die Stadt, ohne daß diese irgend welche Entschädigung dafür zu zahlen hat.

Die auf dem Erbbaulande zu errichtenden Wohnungen sollen vorzugsweise an die in die Invalidenversicherung einbezogenen Arbeiter vermietet werden; die Wohnungen sollen nur je an eine Familie oder je an eine Person überlassen werden; Untermiete, Überlassung von Schlafstellen und dergleichen Wohnungsnutzung an Personen, die nicht zur Familie des Mieters gehören, darf ohne Genehmigung der Landesversicherungsanstalt weder gestattet noch geduldet werden. Die Verteilung einer höheren als vierprozentigen Dividende an die Aktionäre der Baugesellschaft ist untersagt.

Der Rat erläutert die Stadtverordneten, die Beschlussschriftung über den Vertragsentwurf zu beschleunigen. Die Gemeinnützige Baugesellschaft will mit der Bebauung des ihr überlassenen Areals im zeitigen Frühjahr beginnen. Es sollen zunächst zwei Baublöcke in Angriff genommen werden. Auch soll der Bau der Straßen auf dem Erbbaulande alsbald begonnen werden.

Schließlich äußert sich der Rat noch zu dem früher von den Stadtverordneten gestellten Antrage, die Erbbaurechte zu angemessenen Preisen jedem Baulustigen zugängig zu machen und dem Stadtverordnetenkollegium eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen. Der Rat erklärt hierzu, daß er bereit sei, städtisches Areal, statt es zu verkaufen, im Erbbaurecht an Baulustige zu überlassen, vorausgesetzt, daß dabei dieselben Garantien geleistet werden, wie sie jetzt von der Gemeinnützigen Baugesellschaft geboten sind. Er bezweifelt aber die praktische Verwendbarkeit des Erbbaurechts seitens eines einzelnen Unternehmers und glaubt, so lange die rechtliche Gestaltung des Instituts des Erbbaurechtes nicht eine durchgreifende Änderung erfährt, es wohl kaum anders als bei großen gemeinnützigen Unternehmungen werde Anwendung finden können.

**Der 9. litterarische Abend des Volksvereins zu Plaue-Windhausen** erfreute sich wiederum eines sehr lebhaften Beifalls, ein Beweis, daß diese Einrichtung, die jetzt von vielen anderen Vereinen ebenfalls unternommen worden ist, weiter Kreisen lieb geworden ist. Diesmal hatte es Genosse Max Friedl Wittich übernommen, ein Bild zu zeichnen von dem eigenartigsten Dichter und Humoristen der deutschen Literatur: Jean Paul Friedrich Richter. Es sei ein Wagnis, so führte der geschätzte Friedl Wittich aus, moderne Menschen, denen die ganze feinsinnige, aber schwerverständliche Schreibweise unverständlich sei, für Jean Paul zu begeistern. Es gelang dem Genossen Wittich jedoch ausgezeichnet, den Anwesenden ein Bild dieses feinfühlenden Augenblicksschriftstellers, trefflichen Humoristen und wahren Volksfreundes zu zeichnen. Wahre Lachsalven begleiteten die Ausführungen und Vorlesungen aus Jean Pauls Schulmeisterlein Wuz. Zur Bewältigung einer so schwierigen Aufgabe gehört freilich eine umfassende Literaturkenntnis und Vorleistung, wie sie eben Genosse Wittich in seiner Person vereinigt. Voll befriedigt verliehen die Anwesenden den Ehren von dem Volks die verborgenen litterarischen Schätze geboten werden. — Der letzte litterarische Abend dieses Winterhalbjahres findet am 18. April statt und wird sich mit Wilhelm Busch, anlässlich seines 70. Geburtstages, beschäftigen. Offiziell erfreut sich dieser Abend ebenfalls eines regen Besuchs.

**Im Konkurs der Aktiengesellschaft für Treibstoffproduktion** sind bis jetzt 1 550 000 Mk. eingegangen. Eine Konkurrenzdividende von ½ Prozent (bei 827 256 Mk. bevorrechtiert und 168 Millionen Mark nichtbevorrechtierten Forderungen) wird nach Ausgang des auf den 25. März anberaumten letzten Befüllungstermins ab 15. August zur Auszahlung gelangen.

**Das Aufsichtsamt für das private Versicherungswesen**, das in Berlin errichtet worden ist, hat die Frage erworben, inwiefern diejenigen Verbände und Vereine, die wohltätige Zwecke verfolgen und ihren Mitgliedern Kranken-, Notstand-, Alters- sowie Witwen- und Waisenunterstützungen gewähren, unter das Gesetz vom 12. Mai 1901 zu stellen seien. Das

genannte Aussichtsamt will dann von einer Unterstellung solcher Vereinigungen unter das Versicherungsgesetz Abstand nehmen, wenn sich in den Statuten folgender Wortlaut befindet: „Die Mitglieder haben keinen Anspruch auf bestimmte Unterstützung.“

Der bisherige Gewerberichter Dr. Nölke beim Gewerbe-gericht Leipzig ist zum Bürgermeister von Burgstädt gewählt worden.

**Kontrollversammlungen.** Die Bevorbering der Mannschaften des Verlaubtenstandes zu den diesjährigen Frühjahrs-kontrollversammlungen erfolgt nicht mittels besonderer Gestellungsbescheide, sondern nur durch öffentliche Bekanntmachung.

**Tätigkeit des Samaritervereins zu Leipzig.** Im Monat Februar 1902 wurde nach den Meldungen an die Geschäftsstelle die erste Hilfe in 554 Fällen beansprucht und zwar bei 474 Unfällen und 47 plötzlichen Erkrankungen.

Die drei Sanitätswachen wurden von zusammen 454 Hilfesuchenden (I. Wache 108, II. Wache 137, III. Wache 119) in Anspruch genommen und zwar 365 mal bei Tage und 98 mal bei Nacht. Von den Hilfesuchenden (405 Erwachsene und 49 Kinder) verlangten 407 die Hilfe auf der Wache und 47 außerhalb; 389 wurden wegen äußerer Leiden und 32 wegen plötzlicher innerer Erkrankungen behandelt. In 2 Fällen wurde Geburtsblut geleistet, in 6 Fällen hatte die Schwere der Verlebung bzw. Erkrankung bereits vor Ankunft des Arztes den Tod herbeigeführt, 25 Fälle wurden, weil nicht zur ersten Hilfe gehörig, zurückgewiesen. Betriebsunfälle waren 98 zu verzeichnen, 50 mal lagen anderweitige Veranlassungen vor.

Von den Sanitätswachen wurden auf Verlangen für Polizei, Gerichte u. s. V. Besuchsscheine ausgestellt und 18 Krankentransportreisen ausgeführt.

Im Viehz- und Schlachthof haben die als Notdienster ausgebildeten städtischen Beamten in 58 Fällen, in der Markthalle in 4 Fällen die erste Hilfe gebracht.

Nach Ausweis der von den betr. Amtsstellen eingegangenen Jahrestaten griffen auf den Straßen und an öffentlichen Vergründungsorten die Schuhleute, Feuerwehrleute und Ratsdiener bei 12 und die freiwilligen Hilfsmannschaften bei 26 Unfällen hellein ein.

Besonders hervorzuheben sind von äußeren Verlebungen 97, nämlich 1 Geburtshilfeleistung, 5 einfache Knochenbrüche, 2 Verstauchungen, 7 Verstauchungen, 14 bedeutende Quetschungen, 20 ausgedehnte Weichteilwunden, 1 große Schlagader- und 1 Krampz-oberblutung, 3 gefährliche Blut- und 2 Stichwunden, 1 Blutüberleitung, 3 Fremdkörper im Auge, 1 im Ohr, 2 in der Speiseröhre und 11 in den Weichteilen, 8 ausgedehnte Verbrennungen und 1 eingeschlossene Unterleibsschürfung; von inneren Erkrankungen 37, und zwar 6 Fälle von Bewußtlosigkeit, 12 Krampfanfälle, 3 Schlafläuse und 3 andere Gehirnerkrankungen, 2 der Lungen, 2 des Herzens und 1 des Magens und Darms, 4 innere Blutungen, 1 Diphtherie, 2 Vergiftungen mit Alkohol und 1 mit Schwefelsäure.

Die jetzige Übergangszeit verlangt wegen des öfters schnell eintretenden Temperaturwechsels sorgfältige Beachtung der Kleidung. Im allgemeinen treten jetzt leichter Erkrankungen und Krankheiten ein, wie im Winter. Jetzt ist die Zeit der Kalorien und des Schnupfens. Eine alte Regel sagt daher, in Frühjahr lege man die Winterkleider spät ab und im Herbst spät an. Vom Winter her ist die Haut durch die lustabschließende Kleidung jetzt mehr verweichlicht als im Sommer bei leichter Kleidung, die den Lustzutritt gestattet. Ganz besonders sind jetzt wegen des noch nicht durchwärmeten Fußbodens die Füße warm zu halten, denn im Frühjahr giebt es sehr oft schwüle warme Luft und kalten Erdboden!

Ein berittener Schutzmann wurde gestern nachmittag im Connewitzer Holze von seinem Gaule abgeworfen. Das Tier galoppierte der Stadt zu. Die Versuche, es einzufangen, die mehrere Spaziergänger unternahmen, mißliefen. Der Schutzmann schaute bei seinem Sturz eine Verlezung erlitten zu haben.

**Unfälle bei den Straßenbahnen.** Auf der Wurzstrecke kam am Sonnabend ein 4½ Jahre alter Knabe, als er vor einem herannahenden Motorwagen über die Straße laufen wollte, zu Falle, geriet unter den Wagen und wurde von der Schuhvorrichtung zur Seite geschoben, zum Glück aber nur unbedeutend verletzt. Der Führer des Motorwagens brachte das Kind in die elterliche Wohnung. — Am Bayerischen Platz veranlaßte der Führer eines Motorwagens am Sonnabend einen Zusammenstoß mit einem anderen Motorwagen, indem er diesem in die Seite fuhr. Der unglückliche Wagenfahrer erlitt dadurch einige Hautverlebungen im Gesicht, sonst aber laut niemand zu Schaden. — In L.-Gohlis sprang gestern vorzeitig die Scheibe eines Gütekessels aus Göbbelshaus während der Fahrt von einem Motorwagen ab. Die Frau kam zu Falle und zog sich eine Gehirnerschütterung zu.

Durch Erhängen entlebte sich gestern im Gründstücke Liebigstraße 9 ein mit seiner Familie dort wohnender 37 Jahre alter Notdienster aus Wüstenhofsmühl. Als Beweggrund zu dem Selbstmord wird Lebensbedruck angegeben.

Ein durchtriebener Betrüger wurde vorgestern in der Person eines 23 Jahre alten Gaisers aus Lüderitz dingfest gemacht. Dieser Mensch kaufte in einem Blumengeschäft eine Kleinigkeit und wollte dabei einen Zwanzigmarschein in Zahlung geben. Als die Verkäuferin den herauszuzahlenden Betrag abzählte, legte der Betrüger eine zusammengesetzte fiktive Blüte eines solchen Scheines hin. Der Betrug wurde aber rechtzeitig bemerkt. Durch dasselbe Manöver hat der Gauher vor einigen Tagen einen Geschäftsinhaber in der Stecknerpassage um einen Revolver und 10 Mark betrogen.

**Alte Polizeinachrichten.** In L.-Plagwitz wurde gestern einen 12-jährigen Knaben beim Herumspringen von einem anderen Knaben ein Bein gestellt. Der Knabe fiel hin und brach den rechten Oberschenkel.

Am Stolpplatz wurde gestern abend ein Hausmann aus der Stolpergasse von einem Droschkenfiecht umgerissen und mehrfach verletzt. Es wurde ihm in der Sanitätswache ein Notverband angelegt, worauf er sich selbst in seine Wohnung begeben konnte. Der Droschkenfiecht entlief.

Auf der Kreuzung Peterstraße-Schillerstraße fuhr gestern abend ein Radfahrer einen 7jährigen Knaben um. Der Radfahrer hat kein Fahrschild gegeben und ist deshalb angezeigt worden.

Aufzäcklich stahl ein 21 Jahre alter Arbeiter von hier von einem Wagen eine Anzahl Glühlampen. Als er ein solches Fett verlassen wollte, wurde er enttarnt und der Polizei übergeben. Die anderen Helle kontinuierlich nicht wieder herbeigeschafft werden. Ein anderer, 26 Jahre alter Arbeiter wurde als Hebler des ersten mitverhaftet.

Wegen Körperverlebung erfolgte die Festnahme eines 26 Jahre alten Schlossers aus Rothenburg, der überdies wegen Einbruchdiebstahls gesucht wird.

Ein 18jähriger Waler aus Rehnsdorf wurde wegen Sachbeschädigung zur Verantwortung gezogen. Der Betreffende möchte in der Nacht zum Sonntag einer Polizeiwache zugeführt werden. Als er diese verließ, schlug er vorsätzlich eine Fensterscheibe ein.

Gelegentlich des Besuchs einer Familie in der Schülervorstraße machte sich eine 25jährige Wirtshafterin aus Plötzschne mehrerer

Gelddiebstähle schuldig. Die Diebin wurde der Polizei zugeführt. Ferner wurde ein 21jähriges Dienstmädchen aus Plötzschne wegen Diebstahls zur Verantwortung gezogen. Diese Person hat einem Fleischermeister eine große Anzahl von Wirtschaftsgegenständen gestohlen.

Am Sonnabend wurde aus einem Grundstück der Hainstraße ein Rover, Marke Brennabor, gestohlen. Verdächtig ist ein unbekannter junger Mensch mit blondem Schnurrbart und dunklem Anzug.

Vom Stolpplatz wurde am 15. d. Mts. ein vierrädriger braunangestrichener Handwagen mit Kofferaufbau samt einem großen, schwarzen, turmhohen Zughunde gestohlen. Der Wagen trug ein Schild mit dem Namen A. Hoffmann, Leipzig. Die Ladung bestand aus Säcken und Körben mit geliner Ware.

Einbrecher drangen in der Nacht zum 15. d. Mts. in ein Comptoir der Hartelstraße ein und stahlen daraus einen Geldbetrag von über 100 M., eine Anzahl Postwertzeichen, sowie etwa 18 Stück Pneumatikluftschläuche mit Dunlopentilen und etwa 30 Stück Pneumatikluftschläuchen mit den Marken The Standard Tire und Wands-Pneumatic im Gesamtwert von 225 M.

Gestern nachmittag wurde aus einem Grundstück der kleinen Fleischergasse ein Rover, Marke Triumph, mit der Nummer 22 801 im Werte von 200 M. gestohlen.

Ein unbekannter Mensch stahl am Sonnabend am Leichhause einem Knaben eine silberne Halskette und ein goldenes Armband. Der Dieb war etwa 20 Jahre alt, mittelgroß und schmächtig und hatte ein kleines Schnurbartchen.

Aus der Hausschlüsse eines Grundstücks am Markt wurde am 15. d. Mts. eine Z. & B. 1438 gezeichnete Kiste mit Österreich aus Papiermasse gestohlen.

## Vereine und Versammlungen.

### Der Volkssbildungsverein zu Leipzig-Gohlis

hielt am 15. März eine öffentliche Vereinsversammlung im Waldschlößchen zu L.-Gohlis ab. Genosse Manfred Wittich sprach über die redlichen Pioniere von Rockdale. Er führte der Versammlung vor Augen, wie 28 arme Weber in Rockdale in England im Jahre 1843 eine Genossenschaft gründeten und am 21. Dezember 1844 dasselbe in der Fröttnergasse ihre erste Geschäftsstelle eröffneten, die aber so klein war, daß sie zum Spott der Bevölkerung wurde. Aber die schaffensfreudigen Gründer ließen sich nicht irre machen, sondern arbeiteten ununterbrochen weiter, so daß sie schon 1860 ein Centrallager eröffneten, das sich so stattlich ausnahm, wie das jehige neue Gebäude der Leipziger Partei. Heutzutage stehen die englischen Genossenschaften als die größten der Welt da. Redner sagte zum Schluss, daß sich die deutschen Arbeiter ein Beispiel an den englischen nehmen sollten und ihr Ziel ebenso fest im Auge behalten wie diese; denn das würde nicht nur der deutschen Genossenschaftsbewegung, sondern der ganzen Arbeiterbewegung zum Segen gereichen. Keiner Weißtall lohnte den Redner für seine lebhafte Ausführung. Hieran knüpfte sich eine kurze Diskussion, worauf der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr schloß.

### Eine öffentliche Streitmacherversammlung,

die gut besucht war, tagte am 14. März im Coburger Hof. Koll. Mensch hielt einen beständigen Vortrag über das Thema: Wie schützen sich die Arbeiter gegen die Maßnahmen der Unternehmer? Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Beschluß der Innung, die Verlängerung der Arbeitszeit betr. Koll. Mensch berichtete über die Thätigkeit der Sektionsleitung und die jetzige Lage. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Redner. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der die Sektionsleitung beauftragte, bei denjenigen Arbeitgebern vorstellig zu werden, die sich mit ihren Leuten noch nicht verständigt haben betreffs der 9½ stündigen Arbeitszeit. Unter Gewerkschaftlichem berichtet Koll. Siegler über die Neigung des Arbeitsnachweises der Innung. Koll. Engelbrecht macht aufmerksam auf den Rechenschaftsbericht vom Gewerkschaftsrat und den Richterbericht vom Holzarbeiterverband, beides im Kelsenfeller, sowie auf die Urabstimmung wegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung; er spricht gegen dieselbe. Koll. Vöhrer forderte ebenfalls auf, von dem Stimmrecht Gebrauch zu machen; jeder sollte aber selbst urteilen, ob er für oder gegen diese Einführung stimme. Koll. Siegler spricht für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und weist auf die Mitgliederversammlung hin, welche sich mit dieser Frage beschäftigte und eine Resolution für Einführung der Arbeitslosenunterstützung annahm.

### Versammlung der Väter.

Am 12. März fand in der Flora eine öffentliche Versammlung der Väter Leipzigs und Umgegend statt. Tagesordnung: 1. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit im Vätergetriebe, 2. Gewerkschaftliches. Referent Kollege Max Barth aus Berlin führte hauptfächlich folgendes aus: Der Centralverband der Väter und Berufsgenossen Deutschlands hatte im letzten Jahr vor der Generalversammlung in Mainz ungefähr 5000 Mitglieder aufgenommen, wovon am Jahresende aber nur noch etwa 1000 zahlende Mitglieder waren. Dieses ungünstige Verhältnis leitete den Hauptvorstand. Da immer angeführt worden war, der Verband biete zu wenig Vorteile, habe er nach einem Mittel, diesem Nebelstande abzuholzen, gesucht und glaubt, dieses in der Einführung der Arbeitslosenunterstützung gefunden zu haben. Diese wurde jedoch von dem Verbandstage abgelehnt und einer Urabstimmung unterworfen, die die Arbeitslosenunterstützung mit großer Majorität annahm. Redner führt dann noch die Vorteile der Arbeitslosenunterstützung an, die hauptsächlich darin bestehen, daß sie die Agitation erleichtert, da den Kollegen sichtlicher Vorteil geboten sei und einmal gewonnene Mitglieder nicht so leicht wieder abspringen, was man hauptsächlich an den bayerischen Mitgliedschaften, speziell an Würzburg sehe, wo man schon vorher lokale Arbeitslosenunterstützung hatte. Auch Berlin habe schon in diesem Jahre 132 Mitglieder gewonnen. Auch den Kollegen, die keine Aussicht auf Arbeitslosigkeit hätten, sei durch Krankenzuschuß und Sterbegeld ein Vorteil geboten. Die Unterstützung bringe auch sonst eine wesentliche Besserung der Arbeitsverhältnisse mit sich; denn es werde kein Kollege in einer sogen. Brüderkude mehr Arbeit nehmen, was bis jetzt immer noch der Fall war, wenn er lange genug gebummielt und Schulden gemacht und nichts mehr zu essen hatte. Redner fordert schließlich die Kollegen auf, nicht eher den Saal zu verlassen, als bis sie Mitglieder des Verbandes seien und vertröten haben, in Freundschaftskreisen für den Verband zu agitieren. Einige Kollegen traten dem Verband bei. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, was wieder die große Laune der Väter erkennen ließ.

## Gerichtsamt.

### Schöppengericht.

Leipzig, 15. März.

**Nezhäusers Schimpfungen in gerichtlicher Verhandlung.** Drei Mitglieder der Buchdrucker-gewerkschaft, Henning, Hellmann und Steidel, erhoben gegen den Correspondentenredakteur Ludwig Nezhäuser Privatklage wegen Beleidigung, die enthalten ist in einem Artikel des Correspondenten vom 18. Mai v. J., überschrieben: Das Blugblatt des Punktions. Von der Gewerkschaft war vorher ein Blugblatt herausgegeben worden, in dem u. a. der Konflikt in der Leipziger Volkszeitung sachgemäß dargestellt worden war. Auf dieses Blugblatt erschienen in Nr. 58 des Correspondenten vom 18. Mai zwei Artikel, der obenbezeichnete, mit Sola unterschrieben, und ein

Anhang. Darin wird die Gewerkschaft mit dem Namen Punktions-Gewerkschaft belegt und die Mitglieder Punktions genannt. Weiter heißt es darin, daß die Punktions geschworen hätten, auf der Bahn principiellen Streitbrecherums auszuhalten. Außerdem war der Artikel gespielt mit persönlichen Anfeindungen gegen die Leiter der Gewerkschaft. Die Verhandlungen ruhten nicht weniger als viermal wegen Aussbleibens Nezhäusers, der immer „frank“ war, vertagt werden. Zur heutigen Verhandlung erschien er in körperlicher und geistiger Frische, um den Nachweis zu erbringen, daß ihm die Absicht einer Beleidigung fern gelegen habe; wenigstens wollte er mit dem Artikel, den er nicht selbst verfaßt hat, nicht die harmlosen Privatläger, sondern deren Hintermänner beledigen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wer diese Hintermänner seien, nannte er die Namen Pollender, Lehmann und Seydel. Den vom Vorsitzenden angeregten Vergleichsvorschlag lehnten die Kläger unter dem Hinweis ab, daß Nezhäuser an den Friedensrichter geschrieben habe, er würde nicht länger mit den Leuten in einem Raum verweilen, als er dazu gezwungen würde. Vorsitzender: Haben Sie das geschrieben? Nezhäuser: Ja. — Dies wird vom Verteidiger R. S. und vom Vorsitzenden als eine Geschmackslosigkeit bezeichnet. R. wird vom Vorsitzenden aufgefordert, die Urteile der Spaltung und des Buchdruckerstreites zu schildern. Er sieht mit dem Jahre 1896 ein und sagt, daß innerhalb des Buchdruckerverbands eine Strömung entstanden sei, die mit den Tarifabmachungen zwischen Gehilfen und Prinzipalen nicht einverstanden war. Die Erzäger der Strömung gehörten der sozialdemokratischen Partei an, und eine Anzahl sozialdemokratischer Wähler habe diese Verspätungarbeit auf das eifrigste unterstützt. Dann hätten sich, als der vormalige Correspondent redakteur abgesetzt war, einige Herren aus Leipzig gefunden, die ein Blatt, die Buchdrucker-Wacht, gründeten. Zum Aufrechterhaltung der Disciplin im Verbande wäre die Ausschließung der Leute notwendig gewesen und darauf hätten die dann eine eigene Organisation, die gegenwärtig 180—200 Mitglieder zähle, gegründet. In der Leipziger Volkszeitung wären im Spätjahr 1900 zwei Verbandsmitglieder entlassen worden, weil sie angeblich nicht genügend für die Partei thätig waren, in Wirklichkeit aber, um Gewerkschaftsmitglieder an die Stelle zu setzen. Es hätten dann 31 Verbandsmitglieder, darunter 28 verheiratete, mit aufgehört, weil der Verband es nicht dulden könnte, daß von seinen Mitgliedern verlangt werde, nach Feierabend noch für irgend eine Partei thätig zu sein. Dies verlange der sozialdemokratische Unternehmer in Deutschland nicht und hier durfte es erst recht nicht verlangt werden. Es sei dann die Sparte über die Volkszeitung verhängt worden, und sie bekrachte eben diejenigen, die dort die Blüte eingenommen hätten, als Streitläger und befanden sich damit in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand. (Nezhäusersche Wahrheitsliebel Reb.) Durch diesen Vorgang wäre der Kampf ein immer erbitterter geworden. Um die Gewerkschaft nun zu lenigen und insbesondere das Blugblatt, wäre der genannte Artikel erübrigt.

Vorsitzender: Was verstehen Sie unter Punktions und der Punktionsorganisation? Und war eine so „blumenreiche“ Sprache nötig? Es sind doch meist nur reizvolle Leistungen ohne Inhalt. Nezhäuser: Ich weiß nicht, von wem der Name Punktions abgeleitet wird, ob von einem Person oder einer Sache. In Amerika bezeichnet man solche Personen, die sich den Unternehmern als Streitläger zur Verfügung stellen, als Punktions. Vorsitzender: Wollen Sie das mit sagen, daß diese, vom Standpunkt der Sozialdemokraten aus, als ehrliche Subjekte und Lumpengesindel angesehen werden? Nezhäuser: Hierauf muß ich die Antwort verweigern. Was den Artikel anlangt, so könnte man in einem solchen Falle die Artikelnicht mit Milch oder Wasser schreiben, sondern man müßte kräftig einbauen. Vorsitzender: Glauben Sie ernsthaft daran, daß die Gewerkschaft auf ihrem Kongress beschlossen hat, festzuhalten an dem Standpunkt primitiver Streitbrecher? Auf diese Frage weiß Nezhäuser nicht, was er antworten soll, worauf der Vorsitzende meint, daß dies wohl auch nur wieder so eine reizvolle Leistung sei! Darauf sagt Nezhäuser: Es sollte in dem Artikel nur die Neigung zum Streitbruch charakterisiert werden und es wird gestattet sein, dies in satirischer Form ihm zu dürfen. Vorsitzender: Sie wissen aber doch, daß, immer vom Standpunkt des Sozialdemokraten aus, es als der schwerste Vorwurf gilt, als Streitläger betrachtet zu werden und die Absicht dieser Kränkung hat Sie bei der Veröffentlichung geleitet? Nezhäuser und sein Verteidiger suchen diese Kränkung durch allerlei Redewendungen zu umgehen. Nezhäuser bleibt dabei, daß er durch den Artikel seinen Kollegen die Unwürdigkeit der Gewerkschaft habe zeigen wollen; die Absicht der Beleidigung will er — nicht gehabt haben. Im weiteren sucht er darzutun, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Der Verteidiger R. S., Rechtsanwalt Schiller, führt in seiner Beleidigungsrede aus, daß hier die Ursachen des Buchdruckerstreites nicht ergründet werden könnten. Nicht die Privatläger, sondern das Centralkomitee sollte beleidigt werden. Wenn die Leser des Correspondenten die Nezhäuserschen Artikel lesen sollen, so müssen sie in dieser Form, speziell in humoristischer, abgefaßt und rechtlich dagestellt sein. Die Privatläger könnten sich durch den Artikel gar nicht beleidigt fühlen; im übrigen habe Nezhäuser in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Rechtsanwalt Neu, für die Privatläger, führt aus, daß es sich gar nicht um Wahrung berechtigter Interessen handle, sondern einfach um die Absicht, die Mitglieder der Buchdruckergewerkschaft zu beleidigen. Von Nezhäuser sei die Affäre in der Volkszeitung falsch dargestellt worden. Infolge Anschaffung von Schreibmaschinen seien Seizer überflüssig geworden. Da seien erst zwei Seizer der Gewerkschaft und dann zwei des Verbandes entlassen worden. Darauf hätten die Verbändler, ohne sich mit den Gewerkschaftern ins Einvernehmen zu setzen, die Arbeit niedergelegt. Dies wäre aber zuvor notwendig gewesen, um dann, wenn diese weiter gearbeitet hätten, den Vorwurf des Streitbrecherums erheben zu können. Der ganze Artikel, wie die ältere Wiederholung des Wortes Punktions, zeige die Absicht der Beleidigung klar. Wenn Nezhäuser heute erklären, daß seine Absicht war, nur die Leitung zu beleidigen, so durfte er nicht die ganze Organisation mit dem Ausdruck Streitbrecherorganisation, Punktions u. s. belegen. Von Wahrnehmung berechtigter Interessen könne in diesem Falle keine Rede sein. Die beiden anwesenden Kläger betonen noch, daß die Beleidigungen von Nezhäuser schon lange geübt würden und daß die Verbandsmitglieder, wo es ihnen möglich sei, Angehörige der Gewerkschaft aus der Arbeit gebracht hätten. Es wäre ihnen die Sache nun zu toll geworden und sie verlangten, daß darüber von Gerichts wegen entschieden würde.

Das Urteil lautet auf 25 M. Geldstrafe, Tragung der Kosten des Verfahrens inklusive der Veranlagungen der Kläger

des Urteils hat der Angeklagte an derselben Stelle und mit derselben Schrift im Correspondent abdrucken. Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß in den Ausdrücken Pinkerton und Streitbrecherorganisation, und in der Behauptung, daß sich die Gewerkschaft angefeindet habe, auf dem Boden principiellen Streitbrechertums anzuhören, schwere Beleidigungen enthalten seien, die von den Betreuten verleidet empfunden werden müssten. Dies hat der Angeklagte gewusst und mit der Absicht, zu beleidigen, die Beleidigung begangen. Auf der anderen Seite konnte ihm der Schutz des Paragraphen 193 nicht ganz versagt werden.

m. Flensburg, 14. März. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich heute der Hilfsweichensteller H. W. Braasch, Verwalter der Haltestelle Schafflund der Nebenbahn Flensburg-Niebüll zu verantworten. Derselbe wird beschuldigt, am 18. Januar d. J. als Beamter, durch Vernachlässigung der ihm obliegenden Pflichten einen Eisenbahntransport in Gefahr gebracht und durch Fahrlässigkeit den Tod zweier Bahnhofbeamten herbeigeführt zu haben. Braasch hatte eine tägliche Dienstzeit von 15½ Stunden, bei einem Lohn von 2.60 pro Tag. Außer dem technischen Dienste hatte man ihm auch die gesamten Verwaltungsgeschäfte der Haltestelle übertragen. Am Abend des 17. Januar, nachdem der Angeklagte wieder seine Dienstzeit von 7 Uhr morgens bis 10½ Uhr abgesolvirt hatte, vergaß er nach dem Passieren eines Zuges wieder die Weiche in ihre Grundstellung zur Einfahrt in das Hauptgleis zu stellen. Infolgedessen fuhr der Zug am nächsten Morgen in ein Nebengleis auf dort haltende Güterwagen. Bei diesem Unfall sauden der Lokomotivführer Toms und der Heizer Olling ihren Tod. Der Materialschaden betrug etwa 3000 Mf. Die Frau des Angeklagten ist gleichfalls gegen einen täglichen „Gehalt“ von 20 Pfsg. als Bahnagentin thätig. Braasch wird von seinen Vorgesetzten das beste Erkundungszeugnis ausgestellt. Unter Annahme mildernder Umstände verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis. Der moralisch Schuldige ist wieder einmal das Sparfamilienystem der Bahnhverwaltung.

## Von Nah und Fern.

Gesundheitserei vierter Klasse  
Unter dieser Spitznamen schildert der Vorwärts die Geschäftstätigkeit eines Gesundheitsbetriebs, der vorzugsweise unter den Arbeitern seine Clienten hat. Der Mann, der anscheinend bereits in den Sechzigern steht, wohnt in Pansow und fürtiert nach dem genannten Blatt in folgender Weise: Der alte Herr stellt zu Beginn ein gründliches Inquisitorium über die Art des Leidens mit der Patientin an, lädt sich die Natur der Schmerzen schätzen und kommt dann mit der Befreiung, daß die meisten Krankheiten durch den Leichtsinn verschuldet seien, womit vor allem die Frauen sich Erfüllungen aufzügen. Dann kommt etwas sehr Überraschendes. Ob Ränklein ob Weiblein, ohne Gnade muß ein jeder, der vom Gotteskind gehext sein will, sich entkleiden und zwar derart, daß der Wunderhüter mit der rechten Hand in der Gegend des Magens, mit der linken auf dem Rücken den bloßen Körper berühren kann. Das ist gewiß mancher Frau und manchem jungen Mädchen bedenklich, aber wer diese Ceremonie überstanden hat, verfüchtet, daß sie so decent vor sich gegangen sei, wie es die Umstände nur gestatteten. Während solches geschieht, sagt unser Heilfünster Gebetsformeln her, die von der Patientin nachgesprochen werden müssen. Dann redet der wunderbare Heilige mit einem Verwandten oder guten Freund, der in ihm haust, aber so leise, daß selbst das gespannt lauschende Ohr der neugierigen Kranken nichts Deutliches vernehmen kann. Diese Prozeduren dauern etwa 20 Minuten. Hierauf lädt der alte Herr die Hände vom Leibe des Leidenden und beschäftigt sich im besonderen noch mit dem kranken Körperteil. Dann folgt ein Dankgebet an den Herrn Jesus Christus. Hiermit ist die Heilung aber noch nicht zu Ende. Die Kranken muß sich auf einen Stuhl setzen und das Gotteskind streicht mit den Händen den Körper entlang. Bei dieser Arbeit muß der Krautstoff an den Händen des Wunderhüters haften geblieben sein, denn er macht am Ende eine Gebärde, als ob er irgend etwas Unangenehmes auf den Boden würde. Decimal wiederholt sich diese Manipulation. Dann wird die Kranken in die Nähe des Gotteskindes gesetzt, allwo sie eine Tasse Thee, der stark nach Baldriantröpfchen schmeckt, zu sich nehmen muß. Zum Schluss kommt der metallische Nachgeschmack. Eine bestimmte Taxe hat unser Menschenfreund nicht, doch ist er mit einer Matr. etwa aufgetrieben. Im Norden Berlins und in den nördlichen Vororten ist der billige Gesundheitsbetrieb in Pansow weit und breit bekannt und erfreut sich Harten Zusauks.

### Die Warschauer Spionengeschichte.

s. b. Warschau, 17. März. In der Spionageaffaire Grimm dauern die Verhaftungen und die sensationellen Enthüllungen fort. In dem Armeekommandobureau wurden gestern 16 zur Auslieferung an fremde Regierungen der Nachbarstaaten bestimmte Mobilmachungspläne beschlagnahmt und nach Petersburg gesandt. 120 Offiziere des Kremsregiments sind ebenfalls in der vergangenen Nacht verhaftet worden.

## Käufe und Verkäufe.

Gebr. Singer-Nähmaschinen von 15 Mf. an. Reparat. u. Ersatzteile billig. Alleinver. d. Original-Victoria. Lehrküche in der modernen Kunststickerie. H. Schubé, Petersstraße 34, im Hof. Neu! Ottom., Bettstelle m. Matr. bill. Neustadt, Mariannenstr. 88, II. Pracht-Obers., Unterb. u. Rissen, sowie P. Bettst. m. Matr., usw. für 27 Mf. sofort zu verkaufen. Sidonienstraße 35, pt. I. Plüschi-Ottom. 45, Sofa 20, Schränke 16, Bettst. m. Matr. 18 M. Burgstr. 9, I. Ottomane, Spiegel, Schrank, Bettstelle, stellen in Matr. Federbetten, Bettlo. Tisch, Stühle sofort 2569] Blücherstr. 21, I. r. Sch. gr. Vorhalschr., 1 Kommt. v. Blum. f. z. v. Hdr. verb. Sd. Blumenschr. 1, I. r. Nächste und Nächste schaue jede billig zu verk. Thonberg, Reichenh. Str. 65, II. Gr. Kinderbettstelle mit roter Matr. bill. zu verk. Connewitz, Pegauer Str. 37, I. r. Gebr. Kinderbettstelle u. Boden anse zu verkaufen. Hohe Str. 37, IV. r. 2 wenig gr. Matr. verdaulich zu verk. Lindenau, Bettlerstr. 53, I. r. Guter. Matratze mit Bettst. zu verk. Coburg, Matr.str. 18, I. r. 3,30 Gummiblau, v. Tisch, Stuhl, Bettst. m. W., 2 Hechb. b. z. v. Matr. 11, II. Ein schwarzer Anzug, mittlere Figur, billig zu verkaufen. Gengstr. 16, I. r.

3 gute schw. Zadettis, pass. für Knof., bl. zu verk. Lenzschr. 15, pt. Guterhalt. Halbrenner sofort zu verk. Blumw., Wertheimer Str. 20, IV. I. Ein Kinderwagen zu verkaufen. Lindenau, Apostelstr. 6, II. Wegzugsh. guter. Kinderwagen bill. zu verk. Kleinzsch., Wiss. Adolf-Str. 30, II. r. Fast neuer Kinderwagen zu verkaufen. Gutrisch, Morlenstr. 21, I. I. Gebr. Kinderwagen m. Matr. u. Bettst. bill. zu verk. Neustadt, Ludwigstr. 42, II. W. Guterhalt. Kinderwagen zu verkaufen. Sellerhausen, Annenstraße 5, II. links. Guter. Kinderwagen (hell) m. Gummire. preisw. zu verk. Kochstr. 134, IV. am Kreuz. Dauerh. Kinderwagen mit Gummire. zu verkaufen. Menckner Str. 11, Hof I. r. Guter. Kinderwagen m. Gummire. blu. zu verk. Anger, Felsigr. 1b, IV. r. Schöner heller Kinderwagen m. Gummire. preisw. v. d. Volk., Eisenbahnstr. 104, IV. I. Guter. Sitzwagen für 5 Mf. zu verk. Neusellerhausen, Torgauer Str. 14, IV. r. Kanarienwiehnen zu verkaufen. Lindenau, Kämmnstr. 15, I. r. Gestauer u. Regel billig zu verkaufen. Sellerhausen, Eisenbahnstr. 142, II. W. Kleiner Dalmatiner Hund billig zu verkaufen. Lenzschr., Grenzstr. 11, II. Mitte. Birka 200 Papstlädchen (Buch), 11 X 17, à 5 g, zu verk. Thonberg, Neue Str. 1, II. I. Ein Tasel-handwagen wird billig zu kaufen gefüllt. Gostenstr. 3, III. I.

## Lezte Nachrichten.

Zürich, 17. März. In der Kantonalvolksabstimmung wurde das Nationalabstimmungsgesetz mit 37425 gegen 14200 Stimmen angenommen, die Vorlage über die Vergrößerung des Kleinverkaufs alkoholischer Getränke mit 42977 gegen 10020 Stimmen abgelehnt.

Maitland, 17. März. Die Streitbewegung der Landarbeiter nimmt in ganz Oberitalien schnell zu. Die Behörden gehen mit großer Schärfe vor, überall hin werden Truppen eingesetzt. Zahlreiche verhaftete Streitende wurden unter Kavalleriebedeckung auf Bauernkarren nach Verescza eingebrochen. Viele Eigentümer in der Provinz Ferrara beschlossen die gewaltsame Ausweisung der streitenden Kolonisten aus den Wohnungen. Ein Bauernkongress in Novara beschloß den Generalstreik für Montag.

### Briefe müssen richtig frankiert werden!

In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und Umgegend zugegangen, die ungenügend frankiert waren. Wir müssen deshalb Strafporto bezahlen, sofern wir die Briefe annehmen.

Es sei daher hiermit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Briefe im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortsverkehr bis zum Gewicht von 250 Gramm 5 Pfsg. o. gegen

Postarten im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortsverkehr nur 2 Pfsg. kosten.

Zu den Leipziger Orts- und Nachbarortsverkehr sind einschlossen die Ortschaften: Abtnaundorf, Auenhain, Baalsdorf, Barnek, Böhly-Ehrenberg, Burghausen, Döllig, Dösen, Gaußsch., Götschewitz, Großwiederitzsch, Großschochendorf, Gundorf, Hinterher, Hohenhelda, Kleinwiederitzsch, Lauern, Leutzsch, Marktseeberg, Modau, Möckern, Möltzau, Napoleonstein, Oehsche, Paunsdorf, Podelwitz, Plösen, Portitz, Probstheida, Raschwig, Rückmarsdorf, Schönau, Schönfeld, Seehausen, Strehmel, Stötterig, Süßig, Thello-Cleuden-Neustadt, Wahren, Windmühle, Breitenfeld, Zwickau.

Wehrbach sind uns auch Brief-Inserate in offenem Convert (mit 2 Pfsg.-Marken frankiert) zugegangen. Diese Briefe müssen gleichfalls mit 5 Pfsg.-Marken frankiert werden.

### Redaktion und Expedition.

#### Briefkasten der Redaktion.

P. 6., Ethira. Ab Hamburg 5 Uhr 58 Min. früh, an Leipzig, Magdeburger Bahnhof 4 Uhr 10 Min. nachmittags, oder ab Hamburg 5 Uhr 37 Min. nachmittags, an Leipzig 3 Uhr 47 Min. nachts.

#### Auskunft in Rechtsfragen.

100 Lindenau. Ist zulässig, soweit die Ansprüche nicht älter als drei Monate, vom Tage der Klageaussstellung an zurückgerechnet, sind.

#### Veranstaltungskalender.

Montag: Schneider. Drei Wochen. Anger. Abends 1/2 Uhr. Dienstag: Schneider. Restaurant National. Blumw. Abends 1/2 Uhr. Zimmerer. Gasthof, Dörfchenstraße. Abends 8 Uhr. Baumhüter. Courger Hof, Windmühlenstraße. Abends 8 Uhr. Röpke. Stadt Görlitz, Große Bleiflaschenstraße. Montagabend. Verein f. Naturheilkunde. Gute Quelle. Abends 1/2 Uhr.

#### Theatervorstellungen.

##### Neues Theater.

Montag den 17. März: 72. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, braun): Gastspiel der Frau Belagie Greiff-Andressen vom Stadttheater in Frankfurt a. M.

##### Tristan und Isolde.

Handlung in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Regie: Ober-Biegelmeyer Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Gorter. Tristan : Dr. Ulrich König Marke : Dr. Schiltz Isolde : Dr. Schelpen Kurwenal : Dr. Greder Melot : Dr. Edeberg Brangäne : Dr. Edeberg Ein Hirte : Dr. Degen Ein Steuermann : Dr. Marlen Ein Seemann. Schiffsvoll. Ritter und Knappen.

\*\* Isolde — Frau Belagie Greiff-Andressen, als Gast.

Warte nach jedem Aufzuge.

Einsatz 1/2 Uhr. Anfang 1/2 Uhr. Ende 1/2 Uhr. Opern-Breite.

Villet-Vorlauf an der Tagesschaff. von 10—8 Uhr. Villet-Vorlauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr. (Jedes Villet, welches vor Eröffnung der Tagesschaff. bestellt oder im Vorlauf entnommen wird, kostet 80 Pf. Aufgeld.)

Spielplan: Dienstag: Die größte Sünde. Anfang 7 Uhr. — Mittwoch: Orestie. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Madame Sans-Gêne. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Quicke. Anfang 7 Uhr. — Samstag: Die rote Rose. Anfang 7 Uhr.

## Altes Theater.

Montag den 17. März:

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

Regie: Ober-Biegelmeyer Adeler.

Karl Heinrich, Erbprinz von Sachsen-Königsberg. Dr. Heissel Staatsminister von Hause, Excellenz.

Hofmarschall Freiherr von Passarge, Excellenz.

Baron von Meyring. Dr. Körner Kammerherr Baron von Breitenbach.

Dr. phil. Illner. Dr. Greiner.

Luks, Kammerdiener. Dr. Krause.

Detten Graf von Asterberg. Dr. Ernst Müller.

Karl Vilz. Dr. Taeger.

Kurt Engelbrecht. Dr. Walter.

Bansin. Dr. Schmid.

Reincke. Dr. Götz.

von Webell, Sago-Borisse. Dr. Otto.

Studenten. Dr. Scholz, Wippel.

Rüder, Gastwirt. Dr. Proft.

Frau Rüder. Dr. Ruth.

Frau Dörrsel, deren Tante. Dr. Graichen.

Kellermann. Dr. Ruth.

Käthle. Dr. Laue.

Schölermann. Dr. Schröder.

Glanz. Dr. Wehlsborn.

Reuter. Dr. Richter.

Ein Musikant. Dr. Schmidleider.

Kammerherren, Offiziere, Studenten, Musstanten, Diener.

Der 1. und 4. Akt spielt im Schloss zu Karlsburg, der 2., 3. und 5. in Heidelberg. Zwischen dem 2. und 3. Akt liegt ein Zeitraum von einigen Monaten, zwischen dem 3. und 4. Akt ungefähr 2 Jahre.

Warte nach dem 2. Akt.

Einsatz 1/2 Uhr, Aufgang 1/2 Uhr. Ende nach 1/2 Uhr. Gew. Preise.

Villet-Vorlauf an der Tagesschaff. von 10—8 Uhr. Villet-

Vorlauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr an der Tagesschaff. (mit Aufgeld von 80 Pf. pro Stück).

Spielplan: Dienstag: Fabrigla. Anfang 1/2 Uhr. — Mittwoch:

Alt-Heidelberg. Anfang 1/2 Uhr. — Donnerstag: Fabrigla. Anfang 1/2 Uhr. — Freitag: Zum erstenmal: Es lebe das Leben. Anfang 1/2 Uhr. — Sonnabend: Das süße Wädel. Anfang 1/2 Uhr.

## Rückzentrale der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Johanniskirche): Saure Kartoffelsüpfchen m. Kalbsau.

Speiseanstalt II (Motzenbaßgasse): Weiße Bohnen mit Schwarzwurst.

## Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonntagnachmittag den 15. März 1902.

(Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto ruhig	inländischer	171—177 bez. Br.
Roggen per 1000 kg netto still	ausländischer	179—182 bez. Br.
Gerste per 1000 kg netto	inländischer	144—148 bez. Br.
Hafer per 1000 kg netto ruhig	ausländischer	150—154 Br.
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer	145—180 bez. Br.
Oelsaat per 1000 kg netto	runder	182—